

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 50

SONNTAG, 27. Mai 1934

Aus dem Inhalt:

Deutschland in wirtschaftlicher Lebensgefahr
Kurswechsel in Frankreich
Wo Göring gnädig ist...!
Die Horen auf dem Scheiterhaufen

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Freiheitskampf an der Saar

Saarbrücken, Ende Mai.

Während drüben im Reiche allmählich auch die Deukfaulsten und ehemals Berauschesten den Kontrast zwischen Worten und Werken spüren, geht der Aufklärungsprozeß an der Saar viel langsamer vor sich. Hier ist die Stimmung bei den Nationalsozialisten und ihren Mitläufern jetzt etwa so, wie sie im Reiche vor einem Jahre gewesen sein mag. Für des Tages Not und Sorgen macht man die Regierungskommission des Völkerbundes verantwortlich und verspricht sich wer weiß welche Wunder an Besserung, wenn man im Jahre 1935 nach einer siegreichen Abstimmung in das deutsche Vaterland zurückkehren wird. Dabei ist soviel

gewiß, daß es den Arbeitern und den Bauern, den Angestellten und den Beamten, den Handwerkern und den Geschäftsleuten an der Saar viel besser geht als im Reiche,

und zudem leben sie unter Rechtsgarantien, die im Deutschland der Diktatur nicht mehr vorhanden sind.

Das freilich glauben die wenigsten. Sie empfinden die Völkerbundsregierung, die aus einem Briten, einem Franzosen, einem Finnen, einem Jugoslawen und einem Saarländer besteht, als eine Fremdherrschaft, und es zeigt sich an der Saar, wie leicht es für die nationale Propaganda ist, die Empfindungen gegen ein solches Regime aufzuwühlen. Die Mehrzahl der Bevölkerung von 828.000 Seelen fühlt sich national entrechtet und bedrückt, obwohl für alle politischen und kulturellen Richtungen eine fast unbegrenzte Betätigungsfreiheit besteht. In einem Maße jedenfalls, das sich die Deutschen im Reiche kaum noch zu erträumen wagen.

Die Einwohner des Saargebietes hätten Gelegenheit, über das Dritte Reich und sein Wirken sich nicht nur von Freunden, sondern auch von Gegnern des Regimes unterrichten zu lassen. Erscheinen doch im Saargebiet neben den gleichgeschalteten Zeitungen: das sehr tapere und von seinen nationalsozialistischen Gegnern leidenschaftlich gehaßte sozialdemokratische Blatt, die „Volksstimme“, die „Deutsche Freiheit“, die katholische „Neue Saarpost“, der autonomistische „General-Anzeiger“, die sehr materialreiche Wochenschrift „Westland“, die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ und einige kleinere Zeitschriften. Wenn diese Organe einstweilen nicht tief genug ins Volk dringen, so weil sie und ihre Bezieher in einem Maße öffentlich und geheim geächtet werden, wie dies außerhalb des Saargebietes kaum vorstellbar sein dürfte. Kein Kiosk, keine Buchhandlung wagt eine der nicht gleichgeschalteten Zeitungen auszuliegen. Wo man zu ihrem Verkauf verpflichtet ist, wie am Bahnhof, werden sie geradezu versteckt und der hartnäckig danach verlangende Käufer bekommt sie wie einen gefährlichen Explosivstoff gereicht. Kein Gasthof und keine Wirtschaft legen „solche Zeitungen“ aus. Kaum ein Geschäftsmann, auch kein jüdischer, wagt darin zu inserieren. Die wenigen in den Straßen sich zeigenden Verkäufte, auch eine mutige Sozialdemokratin, werden belästigt, manchmal auch fotografiert; wie man annehmen darf, auch die Bilder als Unterlagen für die große Abrechnung im Jahre 1935 aufzubewahren.

So wirkt sich der stille Terror der „Deutschen Front“ aus, dem Gebilde, in dem alle gleichgeschalteten Organisationen des Saargebietes vereint sind. Unter den Augen der Völkerbundsregierung hat die „Deutsche Front“ eine Generalprobe für die im Jahre 1935 bevorstehende Volksabstimmung vornehmen dürfen. Sie hat Listen für die Aufnahme in die „Deutsche Front“ aufgelegt. In diese sind angeblich 93 v. H. der wahlberechtigten Einwohner einzutragen haben sollen. Man mag diese Zahl anzweifeln, sicher aber ist,

Lynchjustiz gegen Juden

Für „Schändung“ den Strick - Oberpräsident hetzt zum Pogrom

Aufforderung zum Lynch

Im „Stürmer“ wird zweispaltig in Fettdruck „ein Vorschlag zur Behandlung von Artvergeßenen“, also jener deutschen Mädchen und Frauen gemacht, die sich „der jüdischen Wollust hingeben“. Nachdem das „Hals-eisen“ und der „Schandpfahl“ vorgeschlagen worden sind, heißt es wörtlich:

„Dann wäre zu empfehlen, die U.S.A. nachzuahmen. In Hermando (Mississippi) wurden drei junge Neger nach gerichtlicher Verurteilung wegen Schändung junger weißer Frauen gehängt. Das wäre das richtige Rezept für einen Juden, welcher ein deutsches Mädchen oder eine deutsche Frau schändet... Lieber Stürmer! Ruhe und raste nicht, bis die deutschen Mädchen und Frauen wieder einen vollständigen Schutz vor der Wollust der Juden haben und nach amerikanischer Art und nach kurzer Gerichtsverhandlung nur noch gehenkt werden.“

Das ist eine offene Aufforderung, Lynchakte aus Rassenhaß zu begehen! Sie hat bereits dazu geführt, daß in Mainz bei einer standesamtlichen Trauung eines Juden mit einem arischen Mädchen nationalsozialistische Banden das Standesamt stürmten und das Brautpaar in „Schutzhaft“ genommen wurde.

Offizielle Pogromhetze

Die neue Judenhetze ist in vollem Gange. Es ist das offizielle Deutschland, das sie

betreibt. Der Oberpräsident der Mark Brandenburg, Kube, schreibt in der „Westfälischen Landeszeitung“:

„Was Gift, Schwindsucht und Syphilis für die Menschheit gesundheitlich bedeuten, das bedeutet das Judentum sittlich für die weißen Völker... Juden und Freimaurer haben den Weltkrieg herbeigeführt. Auch die heutigen Krisen, welche die Ruhe der Welt immer wieder erschüttern, sind ebenfalls ein Werk des Judentums. Der Kampf gegen das Judentum muß mit rücksichtsloser Brutalität geführt werden. Ob ihn unsere Generation schon beenden wird, erscheint mir sehr zweifelhaft. Unsere Kinder und Kindeskinde brauchen ja schließlich auch einen Lebensinhalt und der Kampf gegen die Juden bis zur Vernichtung soll ein Teil unseres stolzen Vermächtnisses sein!“

Eine Geste Hitlers

Die Ritualmordnummer des „Stürmer“ hat in der ganzen Welt größte Entrüstung hervorgerufen. Nachdem es von allen Seiten Proteste hagelte, entschloß man sich zu einem Rückzug. Auf Grund eines ausdrücklichen Befehls Hitlers — das zeigt die Stärke von Streicher in Deutschland — wurde die Nummer beschlagnahmt. Aber dieser Schritt bedeutet keine Abschüttlung, denn er wird begründet mit einer — Beleidigung des christlichen Abendmahls in dieser Nummer!

daß viele Tausende ihren Namen in die Listen gesetzt haben, um schweren geschäftlichen Schädigungen oder dem Verlust der Arbeitsstelle und schließlich Gefahren für Leib und Leben im Jahre 1935 zu entgehen. Denn

wer nicht in den Mitgliederlisten der „Deutschen Front“ steht, ist als Staatsfeind gekennzeichnet.

Es ist bewundernswert, daß dennoch die Kerntruppe der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, der Sportler und der Jugend dem Terror der Nationalsozialisten, hinter dem die ganze Reichsgewalt steht, zähen Widerstand leistet, immer wieder zum Angriff vorstößt und einen starken sozialistischen Glauben entwickelt. Die Wut der einstweilen übermächtigen Gegner und die Liebe der Getreuen um die rote Fahne mit den drei Pfeilen und dem Freiheitsgruß konzentrieren sich auf einen Mann, an dem sich die Geister im Saargebiet scheiden, und dessen Name ein Kampfruf geworden ist: Max Braun. Er ist der Führer der fast rein proletarischen Freiheitsfront. Sein Gegenspieler im Saargebiet und auf dem Parkett des Völkerbundes ist der saarländische Industriekapitän Röchling, der eigentliche Führer der „Deutschen Front“, auch wenn er unter dem weithin unbekanntem Namen Pirro sich einen „Landesführer“ hält.

Die Röchlingwerke lassen sich übrigens durch den deutschen Heldenkampf ihres Chefs nicht hindern, mit dem französischen Militärfiskus recht lohnende Geschäfte zu machen. In Geldsachen läßt sich der Nationalist Röchling an Internationalismus von niemandem übertreffen.

Die Verfechter des Dritten Reiches im Saargebiet nennen sich „Deutsche Front“. Das ist eine Irreführung, denn es gibt im Saargebiet nur deutsche Fronten. Auch die „Freiheitsfront“ ist ganz und gar deutsch. Nicht minder sind es die Kommunisten, die sogar mit starker Betonung rügen, wenn sie irgendwo eine Hinneigung zum „französischen Impe-

rialismus“ glauben entdeckt zu haben. Die Volksabstimmung im Jahre 1935 läßt zwar neben der Rückkehr nach Deutschland und der Aufrechterhaltung des status quo auch die Entscheidung für Frankreich zu, aber es gibt niemanden, gar niemanden an der Saar, der für diese Lösung eintritt.

Bis die Machtergreifung Hitlers die Front an der Saar zerriß, bestand bei niemandem ein Zweifel, daß das Saargebiet durch eine überwältigende deutsche Abstimmung in das Reich zurückkehren werde. Jetzt freilich ist das anders.

Unzweifelhaft wächst von Tag zu Tag die Zahl derjenigen, die proklamieren: Für Deutschland, ja! Für Hitler, nein! Diese Lösung bedeutet die Vertragung der Abstimmung, bis in Deutschland wieder eine zivilisierte Staatsführung vorhanden ist, oder die Aufrechterhaltung des status quo durch die Abstimmung, solange drüben die Hitlerdiktatur oder eine ähnliche Barbarei besteht.

Im Januar 1935 erreicht das durch den Vertrag von Versailles eingesetzte Völkerbundsregime sein Ende. Nicht lange danach muß die Abstimmung stattfinden. Man spricht von Mai 1935. Einen genauen Abstimmungstermin hat auch die letzte Tagung des Völkerbundsrats noch nicht festgelegt. Bei den Verhandlungen, an denen insbesondere Frankreich, Italien und England beteiligt sind, während das aus dem Völkerbund ausgeschiedene Deutschland von Berlin her schmolzt, geht es

um die Sicherung eines freien Abstimmungskampfes,

vielleicht durch eine internationale Polizeitruppe, und um Garantien für die Bevölkerungsteile, die sich gegen Hitlerdeutschland erklärt haben.

Bei dem Verlangen nach einer internationalen Polizei, die gewiß kein Ideal ist, muß man bedenken, daß die große Mehrheit der Beamten und vor allem auch der Polizei

Das offizielle Deutschland wagt nicht, der größten und blutigsten Pogromhetze entgegenzutreten — denn Hitler ist auf dem Nährboden des Streicherschen Antisemitismus groß geworden! Es macht eine Geste, die nichts besagt!

Diese Geste ist um so lächerlicher, als sie erst nachträglich erfolgt! Seit vielen Wochen ist in der größten Form für diese Nummer Propaganda gemacht worden, über den Inhalt war von vornherein kein Zweifel. Die gesamte Auflage dieser Nummer — wie es heißt, 130.000 Exemplare — ist verkauft worden.

Die Hetze ist erfolgt. Streicher hat damit ein Privatgeschäft gemacht. Die von Göbbels inszenierte Judenhetze hat neue Anstöße erhalten. Daran ändert diese Geste nichts!

„Judenfrei“

„Wie in Ansbach mitgeteilt wurde, ist der Kreis Hersbruck jetzt vollständig frei von Juden, was nicht zuletzt ein Verdienst des dortigen Bürgermeisters Sperber ist, der einer der verdientesten Mitkämpfer Julius Streichers seit Jahren ist.“ (Nürnberger „8-Uhr-Abendblatt“.)



innerlich gleichgeschaltet und schon aus Rücksicht auf ihren Posten nach dem Jahre 1935 nicht leicht zu einem Einschreiten gegen Anhänger der „Deutschen Front“ zu bringen sind. Die Regierungskommission des Völkerbundes hat also in diesem politischen Vulkangebiet keine zuverlässige Exekutive.

Was die Sicherungen für die hitlergegene Minderheit betrifft, so wird man nur bitter lächeln können. Wer wird das Dritte Reich für die Interessen von Privatleuten zwingen, wenn es ungehindert von Europa durch die Aufrüstung den Friedensvertrag verletzen darf?

Man muß die Minderheit der „Freiheitsfront“ zu einer Mehrheit über die „Deutsche Front“ machen. Das ist die einzige Sicherung, die es für das Saargebiet gibt. Es wäre das leichter, wenn mindestens eine taktische Einigung zwischen den Gegnern des Dritten Reichs zu erzielen wäre. Die Kommunisten aber wollen ausgerechnet auf dem auf dem Splittterchen Europa an der Saar die „revolutionäre Lösung“, eine revolutionäre Macht Sowjet-Saarland zwischen Deutschland und Frankreich. Es hieße den noch so bescheidenen Intellekt der kommunistischen Führer beleidigen, wenn man annehmen wollte, daß sie ihre Forderung ernst meinen. Um des Götzens Agitation willen muß aber eine Kluft zwischen den beiden Arbeiterparteien aufgerissen werden, auch wenn nicht der geringste sachliche Grund dafür vorhanden ist.

Man wird sich dadurch nicht entmutigen lassen dürfen. Die „Freiheitsfront“ an der Saar ist so jungfrisch und militant, daß sie keine Ermüdung zeigt. Bis zur Entscheidung geht noch ein langes Jahr in die Geschichte ein.

Diese zwölf Monate mit ihren wachsenden Enttäuschungen arbeiten nicht für Hitler, sondern für uns.

Hinter den Schallwellen der Propaganda wird allmählich die Wahrheit über die Reichs-

grenzen auch in das Saargebiet eindringen, und die vielen tausende Hitlerfahnen in Saarbrücken werden nicht mehr lange verbergen können, daß die braune Diktatur nicht nur die geistigen Werte, sondern auch die deutsche Wirtschaft verwüstet. Die so wachsende Erkenntnis wird den Umschwung bringen.

Die „Freiheitsfront“ weiß, daß sie den letzten Rest deutscher Freiheit verteidigt. Sie will aber nicht nur in der Defensive bleiben. Die sozialistische Freiheitsfront will erobern. Sie will von der Saar aus den Feind attackieren. Die Freiheitsfront im deutschen Saargebiet will der deutschen Diktatur bei der Abstimmung die erste weit in die Welt wirkende Niederlage beibringen. In unserer Front steht die Freiheit und lebt Deutschland. Hannes Wink.

Bequeme Ausrede

Wie der Goldschwind verdunkelt wird.

Göbbels hat unlängst der Presse das Stichwort gegeben, wie der katastrophale Gold- und Devisenschwind der Reichsbank umzulügen sei: es handle sich um die notwendige Kehrtseite der Arbeitsbeschaffung. Wenn die Regierung vier Millionen Arbeitslose (darunter hat es ein Göbbels nicht) ans Werk setze, so bedinge das natürlich auch vermehrte Rohstoffzufuhr.

Wie prächtig einfach! Fast so goldklar wie Hitlers Sätze von der Notwendigkeit des Privateigentums der Krupp und Thyssen. (Weil nur der, der etwas geschaffen habe, es auch verwalten könne... bezw. sein Sohn, Schwiegersohn oder Urenkel!) Aber Göbbels hat doch etwas vergessen: es ist früher sogar, z. B. in den Jahren 1927 bis 1929, noch viel mehr an Rohstoffen und Halbfabrikaten importiert worden, und es konnten die deutschen Arbeiter fast restlos von diesem Import beschäftigt werden. Aber dieser Import hatte keinen Schwund des Goldvorrats und keine Gefährdung der Währung im Gefolge, sondern das Gegenteil, weil damals die verarbeiteten Rohstoffe und Halbfabrikate als Fertigwaren exportiert wurden und so noch mehr Gold ins Land hreinbrachten, als für die Materialien verausgabt worden war.

Wie aber ist es jetzt? Die eingeführten Rohstoffe verwandeln sich in Rüstungsgegenstände, Wölfe z. B. in Uniformen, Metalle in Geschütze, Flugzeuge, Tanks usw. All das sind keine Handelswaren, sie bleiben im Inlande. Oder glaubt jemand, das Ausland würde SA-Uniformen und Festanzüge, Marke Ley, von Deutschland kaufen? So frist diese Art von Arbeitsbeschaffung allerdings nur Devisen, ohne Ersatz herbeizubringen, muß also in kurzer Zeit zum Erliegen kommen.

Wenn einer mehr Nahrungsmittel verzehrt als früher, so kann er das damit begründen, daß er körperlich mehr leiste. Aber je nachdem seine Körperarbeit produktiv ist oder nur in überflüssigen Sportübungen besteht, wird er die vermehrte Nahrungszufuhr sich wirtschaftlich leisten können oder nicht. Nicht anders steht es mit dem Staat. Auf die Ausrede des Propagandazwergs, daß die Arbeitsbeschaffung so viel Devisen koste, lautet die nifache Antwort: Gut — aber warum bringt sie keine?

Statistik und Wirklichkeit

Den gleichgeschalteten Zeitschriften in Deutschland unterläuft hin und wieder einmal das Versehen, interessanten Eingeständnissen Raum zu gewähren. So ist in Nr. 19 des Hamburger „Wirtschaftsdienstes“ zu lesen:

„Wenn die statistische Arbeitslosigkeit in größerem Maße abgenommen hat als die Zahl der Arbeitsplätze nachweisbar zugenommen hat, so liegt das zum Teil daran, daß zahlreichen jungen Mädchen die Eheschließung ermöglicht worden ist und im übrigen eine Ausschaltung der unberechtigt Unterstützten sattgefunden hat. Auch die Beseitigung des Unterstützungswezens auf dem Lande hat zu dieser Reinigung beigetragen. So ergibt sich ein geklärtes Bild von der Lage des deutschen Arbeitsmarktes und von den gewaltigen Erfolgen, die während eines einzigen Jahres die zielbewußte Tätigkeit der Reichsregierung erzielt hat.“

Hierin liegt das Eingeständnis, daß durch den Unterstützungsentzug, man meint ihn „Reinigung“, große Scharen von Arbeitslosen nicht mehr in der Statistik geführt werden. Diesen „gewaltigen Erfolg“ einer „zielbewußten Tätigkeit“ wollen wir der Regierung Hitler gar nicht streitig machen? So rücksichtslos ist vor ihr keine Regierung gegen die Arbeitslosen vorgegangen. Die Arbeiterinnen werden nach einem neuen Erlaß des Staatssekretärs Reinhart von der Arbeitsvermittlung überhaupt ausgeschlossen, so lange es noch männliche Arbeitslose gibt, die

Wo Göring gnädig ist . . . !

Blutchronik von Stettin — 13 Jahre Zuchthaus in 5 Wochen Gefängnis umgewandelt

Aus Stettin wird uns geschrieben:

Im Sommer 1933 begann es. Eines Tages blieben vor dem Haus Schillerstraße 10 Passanten stehen, erschrocken, fassungslos, entsetzt. Aus dem Keller des Hauses der früheren Volksdruckerlei, jetzt „Besitz“ der SA, drangen Schreie.

Ein... Mensch... schrie. Brüllte in Omal und Todesangst.

Mord? Totschlag? Man muß die Polizei holen, schnell, es muß etwas geschehen . . .

Es geschah etwas. Nämlich: die vor dem Haus postierte SA-Wache trieb seelenruhig grinsend die Ansammlung auseinander. „Weitergehen Leute. Ist doch nichts los hier. Verhör. Marxistenschweine . . .“

Marterhöhle Schillerstraße 10.

Unzählige Male wiederholte sich diese Szene. Überall flüsterie und tuschelte man von der Marterhöhle in der Schillerstraße. Laut zu sprechen von dem Grauenvollen, das sich mitten in der Stadt ereignete, war lebensgefährlich.

Furchtbare Einzelheiten wurden bekannt:

Da war der kommunistische Zeitungshändler Schulz. Ein kranker, schwer an Asthma leidender Mann. Tagelang wurde er gefoltert, halb tot geschlagen von den braunen Bestien.

Da war der Redakteur Braun. Wegen Hochverrats hatte man ihn festgenommen. Ein paar Tage später meldete die Zeitung seinen Tod. „Selbstmord“ erklärte die Zeitung. Aber niemand glaubte ihr.

Da war der sozialdemokratische Journalist Stern. Um der Folterung zu entgehen, war er im Polizeipräsidium aus dem Fenster gesprungen. Zwei Stockwerke tief. Auf dem zementierten Hof blieb er mit zerschmetterten Gliedern liegen. Sein rechter Arm mußte amputiert werden.

Dann der Fall des Jungarbeiters Walter Porsch. Er wurde von der SA „verhört“, sollte die Namen seiner Gefährten bei illegaler Arbeit nennen. Er weigerte sich. Stundenlang wurde er gemartert und immer wieder schrie er trotz grauigster Qual den braunen Mordgesellen entgegen: „Ich verrate meine Genossen nicht!“ Er bewahrte sein heldenmütiges Schweigen, bis ihm unter den Schlägen seiner Peiniger das Bewußtsein schwand. Mit schweren Verletzungen (Kiefern-

bruch, zerschlagenen Geschlechtsteilen usw.) wurde Porsch ins Gefängnis zurückgeschleppt, wo er mehrere Tage hilflos auf seiner Pritsche lag. Schließlich brachte man ihn ins Krankenhaus. Er sitzt jetzt im Gefängnis in Naugard.

Eines Tages regte sich das Gewissen des deutschnationalen Polizeipräsidenten Bork. Er berichtete nach Berlin an Herrn Göring über das Treiben der SA und bat um Abhilfe.

Er selbst war ja machtlos. Machtlos auch gegen die Beamten der Gestapo, die die Häftlinge gegen Quittung bei der SA abliefern, um sie dort „verhören“ zu lassen.

Die Antwort, die Bork aus Berlin bekam, war — der blaue Brief.

Auch die Mutter eines der Gefolterten hatte sich nach Berlin gewandt. An Hindenburg, Hitler und Göring. Ohne jeden Erfolg. Es wurde weiter gefoltert.

Massenmord im Vulkanlager. — Der Fall Kunstmann.

Borks Nachfolger, SS-Oberführer Engel, verlegte im Oktober 1933 die Folterkammer von der Schillerstraße nach dem ehemaligen Gelände der Vulkan-Werke, im nördlichen Vorstadtbezirk. Hier war man ungestört. Eine Art Konzentrationslager entstand, in dem bestialische Morde gleichsam auf dem Stundenplan standen. Die Besatzung des Lagers vernügte sich damit, wehrlose Häftlinge zu fesseln und in die Oder zu werfen. Erst kürzlich wurden fünf Leichen ermordeter Schutzhäftlinge aus dem Wasser gezogen. Ganz Stettin weiß und spricht davon. Die Zeitungen schweigen . . .

Die Zahl der Opfer wuchs und wuchs. Auch ein Greis befand sich unter ihnen, der über 80 Jahre alte Reeder Wilhelm Kunstmann, der Vater des derzeitigen spanischen Konsuls. Ein Menschenalter lang gehörte Kunstmann zu den angesehensten und geachtetsten Bürgern der Stadt. Für alle möglichen Einrichtungen hat er große Summen gestiftet. Einer der größten und schönsten Sportplätze Stettins wurde von der Familie Kunstmann erbaut. Der greise Reeder hat sich niemals politisch betätigt. Sein ganzes Verbrechen war — Jude zu sein.

Eines Tages also wurde der Greis von SA aus seiner Wohnung geholt, in das Vulkan-

Lager gebracht und dort solange gefoltert, bis er dem Tode nahe war. Schließlich schleppte man den Sterbenden in sein Haus zurück, wo er nach wenigen Tagen verschied. Die Zeitungen schwiegen.

Ein anderer jüdischer Kaufmann, der Prokurist Heilmann, verdankt seinem Aufenthalt im Vulkan-Lager den Verlust seines Augenlichts.

Wir haben hier nur ein paar fest verbürgte Beispiele für das bestialische Treiben in Stettin angeführt. Die Zahl der Ermordeten und Gefolterten ist viel größer.

Mackensen greift ein.

Auf einem Landgut in der Nähe von Stettin lebt der alte Husarengeneral v. Mackensen. Der erfuhr vor ein paar Monaten, daß sich unter den von der SA Gefolterten auch einige seiner deutschnationalen Freunde befanden. So fuhr er nach Berlin und forderte von Göring die Bestrafung der Schuldigen. Am liebsten hätte Göring den General wegen Verbreitung von Greuelen ins Konzentrationslager gesteckt. Aber da der Mann Mackensen heißt, war solches Vorgehen nicht ganz am Platze. Mackensen war nicht zu beruhigen und Göring mußte die Folterknechte vor Gericht stellen und sie pro forma zu hohen Zuchthausstrafen verurteilen lassen. Dieser Prozeß und dieses Urteil, sie waren nichts als ein einziger dreister Bluff. Das letzte Wort sprach nämlich Herr Göring, und er — begnadigte seine Mördergenossen zu ganzen fünf Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als abgebußt gelten.

Vor dem Ausland wurde die Schlappe, die Göring Herrn Mackensen gegenüber erlitten hat, in eine strahlende Tugend umgelogen. Seht her — so rief man in die Welt hinaus — hier habt ihr den Beweis, daß in Deutschland jeder bestraft wird, der mit Gefangenen nicht sanft und höflich umgeht. Die Begnadigung wurde natürlich mit weniger Lärm ausgesprochen, und nach wie vor denkt niemand daran, die SA-Leute, die ähnliche Greuelthaten tagtäglich verüben, vor den Richter zu zitieren.

Das ist die Wahrheit über Stettin! Der Prozeß gegen die Vulkan-Vandalen war nichts als Bluff.

ihre Arbeitsplätze einnehmen können. Und die Arbeitslosen insgesamt werden durch immer neue schikanöse Bestimmungen immer mehr ihrer Unterstützungsansprüche beraubt: Beschränkung der Freizügigkeit, Maßnahmen gegen „ungelernte“ Arbeiter, obwohl die Facharbeiter beinahe aller Industrien im gleich hohen Maß arbeitslos sind wie die Ungelernten, dazu der Unterstützungsraub an den politisch Mißliebigen und die Masseneinsperrungen in Gefängnissen, Konzentrations- und Arbeitsdienstlagern.

Über diese Sorte von „Sozialpolitik“ dürfen die etlichen Hunderttausende, die durch sie aus der Arbeitslosenstatistik zum Verschwinden gebracht worden sind, ohne daß sie einen Arbeitsplatz gefunden haben, ihre eigene Meinung haben!

Gelogen wie gefunkt!

Uns wird geschrieben:

Der Deutschlandsender stört seit einiger Zeit den Äther durch seinen sogenannten „Blick in die Woche“, der außer in deutsch, noch in vier anderen Sprachen gegeben wird, und zwar französisch, englisch, spanisch und portugiesisch. Am 11. Mai war ich zufällig Zeuge einer solchen Sendung.

Vier von fünf Nachrichten waren belanglose Marktschreiereien, erst die fünfte ließ mich aufhorchen. Man hörte da, daß das neue Reich „in seiner stürmischen Aufbauarbeit noch immer gestört werde durch eine Reihe von Korruptionsprozessen, die es im Interesse der öffentlichen Sauberkeit gegen ihr- und pflichtvergessene Träger des verflissenen marxistischen Systems notgedrungen führen müsse.“ So habe sich soeben Dr. Hermes vor dem Moabiter Straßengericht zu verantworten, weil er ihm anvertraute öffentliche Gelder zugunsten der von ihm geführten Bauernvereine unterschlagen habe. Ferner werde in der nächsten Zeit vor dem gleichen Gericht Dr. Stingl erscheinen, der sich bei Vergebung öffentlicher Aufträge an die Deutschen Kabelwerke in Fürstenwalde durch Bestechungen persönlich bereichert habe. Der Sprecher schloß wörtlich:

„Und nun, meine Damen und Herren, werden Sie vielleicht fragen, welche Aemter

diese Träger des verflissenen marxistischen Systems bekleidet haben? Dr. Hermes war — Reichsfinanzminister! Dr. Stingl — Reichspostminister! Kommentar überflüssig . . .“

Dazu wäre folgendes zu bemerken: 1. Eine Anklage, ja sogar auch eine Verurteilung in einem Korruptionsprozeß ist im Dritten Reich nur ein Beweis für den Vernichtungswillen, mit dem der Nationalsozialismus seine Gegner verfolgt, kein Beweis der Schuld. In diesem Fall werden Anklagen vor dem Urteil parteipolitisch mißbraucht. 2. Die schlimmsten Korruptionsfälle in der Republik sind Harmlosigkeiten im Verhältnis zu dem System des Raubs, des Diebstahls, der Sinekurenwirtschaft, das die nationalsozialistische Diktatur als Ganzes verkörpert. 3. Hermes und Stingl sind keine „Marxisten“, keine Sozialdemokraten, sie waren Mitglieder des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

Der deutsche Rundfunk lügt in allen Erdteilen und in allen Sprachen der Welt. Wer über keinen Sender verfügt, bleibt gegen seine Verleumdungen wehrlos.

Ein SA-Mann weint!

Eine erschütternde Episode, die beweist, wie furchtbar die Martermethoden des Dritten Reiches oft auf den einzelnen Menschen wirken, wird aus dem Urwaldreich Streichers, aus Franken, berichtet. In Ansbach gibt es noch eine Montessori-Schule, in der unter arischen Schülern sich auch noch einige nichtarische befinden. Eines Tages, nach Schluß des Unterrichts verließ die Lehrerin mit einem 10jährigen jüdischen Mädchen an der Hand das Klassenzimmer, als plötzlich ein SA-Mann in voller Uniform vor ihr auftauchte. Er war der Vater einer Schülerin, der sich bei der Lehrerin über sein Kind erkundigen wollte. Als das kleine jüdische Mädchen den SA-Mann sah, begann es am ganzen Leib zu zittern, riß sich von der Hand der Lehrerin und warf sich weinend dem SA-Mann zu Füßen. „Ich bin eine Jüdin, bitte tun Sie mir nichts!“ rief sie schluchzend und vor Angst bebend. Der SA-Mann blickte wie erstarrt auf das Kind vor sich, wandte sich dann um und weinte! Wortlos ging er weg. Wie viele solche SA-Leute gibt es?

Sittenbild im Dritten Reich

Das Berliner Sondergericht hatte längst über einen nicht gewöhnlichen Scinurkenstreich zu urteilen.

Der 29jährige Gärtner Fiehn, der lange Zeit arbeitslos war, erhielt durch die Vermittlung eines Bekannten namens R. im April des vorigen Jahres eine Anstellung in einer Friedhofsgärtnerei. Vereinbarungsgemäß sollte er bis zum Juli 1933 auf diesem Posten verbleiben. Um seine drohende Entlassung zu vermeiden und seinen Arbeitskollegen R., der ihm erst zu dieser Stelle verholfen hatte, aus dem Weg zu räumen, steckte Fiehn eines Tages dem R. zwei Stapel kommunistischer Schriften in die Tasche. Vorher hatte er durch ein anonymes Schreiben einen SA-Sturm alarmiert, der plötzlich in der Friedhofsgärtnerei erschien und die Taschen des R. durchsuchte und tatsächlich die hineinbrachten kommunistischen Schriften vorfand. R. wurde nun nicht nur entlassen, sondern mußte sogar in das Konzentrationslager, wo er zwei Monate lang verbleiben mußte, bis sich seine Unschuld schließlich herausstellte und man dahinterkam, daß Fiehn der Urheber der Schurkerlei war. Der Angeklagte hatte außerdem verstanden, obgleich er in Arbeit stand, auf raffinierte Weise weiter die Wohlfahrtsunterstützung zu beziehen. Das Berliner Sondergericht verurteilte den gemeinen Burschen zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Die Strafe ist sicher angebracht, aber trotzdem hat Fiehn sie nur zur Hälfte verdient. Die andere Hälfte der Strafe gebührt dem Staatswesen, das auf so gemeine Angeberei hin einen unschuldigen Menschen monatelang seiner Freiheit beraubt und ihm schwersten Mißhandlungen und Demütigungen aussetzt. Denn erst dadurch, daß die Freiheit der Presse, wie die Weimarer Verfassung sie garantierte, vom Dritten Reich mit einem Federstrich beseitigt und durch ein willkürliches Einsperrungssystem ersetzt wurde — erst dadurch sind die Schandthaten der Fiehn und Konsorten überhaupt möglich gemacht und provoziert worden!

Kurswechsel in Frankreich

Reaktionäre Innenpolitik — konsequente Außenpolitik

V. Sch. Paris, Ende Mai.

Gewaltige politische Veränderungen haben sich in den vergangenen drei Monaten in Frankreich vollzogen, in der Innen- wie in der Außenpolitik.

Der innerpolitische Kurswechsel ist alles eher denn erfreulich. Die Stavisky-Affäre brach in dem Augenblick aus, in dem die parlamentarische Linksmehrheit durch die fortwährenden Regierungskrisen des vergangenen Herbstes bereits gesprengt und widerstandsfähig war. Wer die größere Schuld an dem Zerfall des Linksblocks, an der Verschärfung eines gewaltigen Wahlsiezes innerhalb von 18 Monaten trägt, ist schwer zu entscheiden. Sie dürfte gleichmäßig bei den Radikalen und bei den Sozialisten verteilt sein. Schlimmer aber noch als die Rückkehr der Reaktion war der Schaden, den das parlamentarische System selbst dadurch erlitt, daß innerhalb von anderthalb Jahren fünf verschiedene Linksgierungen — Herriot, Paul-Boncour, Daladier, Sarrant und Chauvignac — gestürzt wurden, weil sie von der eigenen Mehrheit im Stich gelassen wurden. In einer Zeit, in der der Parlamentarismus in ganz Europa zurückgedrängt wird, und wo die Wirtschaftskrise immer größere Volksschichten aus dem politisch-seelischen Gleichgewicht wirft, war es geradezu eine Herausforderung des Schicksals, nun auch noch in Frankreich den Eindruck der Unfähigkeit und Zerfahrenheit des parlamentarischen Regimes zu erwecken.

Die Wirtschaftskrise ist es, die hier wie anderswo den Boden für die faschistischen Ideen beackert hat. Zum Glück sind die ökonomischen Schwierigkeiten bei weitem nicht so schlimm wie in den anderen Ländern, die Arbeitslosenziffern sind mit denen Deutschlands oder sogar Englands gar nicht vergleichbar, obwohl gerade in Paris und Umgebung die Zahl der Vollerwerbslosen und vor allem der Kurzarbeiter schon schlimm genug ist und der anhaltende Geschäftsrückgang beim kaufmännischen Mittelstand finanzielle und seelische Verheerungen anrichtet. Hinzu kommen die unvermeidlichen Folgen der Deflationspolitik — Teuerung, Lohn- und Gehaltskürzungen usw. — die die Unruhe in allen Bevölkerungsschichten steigern.

Wären nicht die demokratischen Einrichtungen Frankreichs so fest durch Geschichte und Volkseigenart fundiert und wäre die Wirtschaftskrise objektiv so schlimm wie sie subjektiv empfunden und geschildert wird, dann müßte man die faschistische Gefahr auch hier außerordentlich ernst nehmen.

Indessen soll man sich keinem voreiligen Pessimismus hingeben. Gewiß, die „autoritären“ Gedankengänge haben hier in letzter Zeit große Fortschritte gemacht, das Großkapital, das die meisten führenden hauptstädtischen Blätter beherrscht, läßt systematisch und in der demagogischsten Weise gegen den Parlamentarismus wühlen und hetzen, die Reaktion organisiert sich in militanten und zum Teil sogar militärischen Verbänden (die sich zum Glück noch gegenseitig befehdet). Aber die Provinz ist, weil von der Krise weniger berührt als die Hauptstadt, noch durchaus gesund, und sie empfindet demokratisch. Weder Faschismus, noch Kommunismus kommen dort ernstlich auf, außer in jenen Bezirken, die von der Krise ernsthaft berührt sind. Der Stavisky-Skandal, dessen Ausschlichtung ebenfalls nur durch die Wirtschaftskrise zu erklären ist, ist im Abflauen begriffen, die blutigen Februarereignisse, die die Affäre nach sich zog, verlieren mit der Zeit an agitatorischer Wirkung, und so dürfte es allmählich, besonders wenn die Wirtschaftslage sich nicht verschlimmert, eine gewisse innerpolitische Beruhigung und Ermüdung nach den nervenaufpeitschenden Sensationen des vergangenen Winters eintreten.

Die Sozialistische Partei hat insofern großes Glück gehabt, als sie ihre Spaltung, die sich im November und Dezember bei Ersatzwahlen bereits sehr schlimm auswirkte, infolge der Stavisky-Affäre und der Februarereignisse mit einem Schlage überwinden konnte. Sie ist jetzt die große Oppositionspartei geworden und zieht den Nutzen aus der Schwenkung der Radikalen in das Lager des „Nationalen Blocks“. Ob sich ihre Taktik der Einheitsfront mit den Kommunisten, die vor allem in Paris betrieben wird, aber leider bei den Anhängern der III. Internationale nur auf geringe Gegenliebe stößt, schließlich segensreich auswirken wird, läßt sich schwer voraussagen. Es ist immerhin schon ein Erfolg, daß einige kommunistische Führer, wie der kluge, tapfere und populäre Abgeordnete Doriot, die Notwendigkeit einer ehrlichen

Abwehrfront gegen den Faschismus so entschieden bejahen, daß sie darob in offenen Konflikt mit ihrer Zentrale gerieten, ohne daß die „Linientreuen“ es wagten, diesen Konflikt mit den üblichen Mitteln der Beschimpfung und des Hinauswurfes anzutragen.

Einsteilen regiert die „Nationale Einheitsfront“ unter dem alten Doumergue, mit Tardieu und Herriot als Flügelmännern. Sicher ist, daß das grobe ehemalige Staatsoberhaupt ursprünglich einen ehrlichen Ausgleich und Burgfrieden erstrebte und keinen reaktionären Kurs wünschte. Aber ebenso unbestreitbar ist es, daß er sehr bald in die Bahn der Reaktion gedrängt worden ist. Die Rechte hat niemals ehrlich den Burgfrieden eingehalten, die Radikalen hatten bisher nicht den Mut und den Willen, eine loyale Durchführung des Waffenstillstands bei ihren Gegnern von gestern und Partnern von heute durchzusetzen; die Sozialisten stehen in schärfster Opposition zur Regierung, die, ob sie es will oder nicht, sich immer mehr nach rechts entwickeln muß. Sie hat das Parlament bereits monatelang ausgeschaltet, und Doumergue scheint die einseitige Benutzung des Rundfunks einer Kammerdebatte vorzuziehen. Die bisherigen deflationistischen Notverordnungsmaßnahmen sollen erst im Herbst vom Parlament bestätigt oder verworfen werden. Die traditionelle Demokratie hat auch in Frankreich eine — teils durch die Weltwirtschaftskrise verursachte, teils aber auch durch ihre berufenen Verteidiger selbstverschuldete — Niederlage erlitten.

Die innerpolitische Entwicklung ist also unerfreulich genug. Aber, mag es auch paradox klingen, die Außenpolitik der neuen Regierung stellt einen beträchtlichen Fortschritt dar. Sie bewegt sich gerade auf der Linie, die die früheren Linksgierungen aus Mangel an Konsequenz nicht wagten einzuschlagen. Ueber die Notwendigkeit, gegen die Aufrüstung des kriegslüsternden deutschen Faschismus Stellung zu nehmen, war man sich auch früher einig. Aber man schreckte vor den Schlussfolgerungen zurück. Mißverständlicher Pazifismus erwies sich als der gefährlichste Schritt-

macher des Krieges. Die Sozialisten gaben die theoretisch wunderschöne, praktisch aussichtslose Parole aus, daß Frankreich dennoch das Beispiel der Abrüstung geben sollte, um eine Einheitsfront der zivilisierten Welt gegen den Hitler-Militarismus zu bilden. Paul-Boncour ließ sich zum Viermächtepakt überreden, der Mussolini zum Schiedsrichter Europas machte und Hitler den Weg zur selbstherrlichen Aufrüstung öffnete; außerdem verkündete er so lange, daß er nichts ohne England unternehmen würde, bis schließlich die Engländer die Initiative zur Annäherung an Deutschland ergriffen und Frankreich zur Anerkennung der vollzogenen deutschen Aufrüstung zwingen wollten. Daladier, von einigen jungen Dilettanten und drei tätigen Deutschlandfahrern umgeben und beeinflusst, jagte kostbare Monate lang der Illusion einer direkten Verständigung zwischen der deutschen Diktatur und der französischen Demokratie nach.

Damit ist es vorbei. Die jetzige französische Regierung hat erkannt, wohin eine Politik des Nachlaufens hinter Hitler führen muß, nämlich direkt zum Krieg. Mag auch Frankreich nicht mehr die Möglichkeit haben, ohne Krieg die Aufrüstung Hitlerdeutschlands zu verhindern, so wird es sie jedenfalls nicht legalisieren, sondern sich militärisch und diplomatisch auf alle Eventualitäten vorbereiten. Die bereits gefährdete Allianz mit Polen ist im wesentlichen wieder hergestellt, und auch mit Italien hat sich eine neue Annäherung angebahnt, die Mussolinis Empörung über die österreichische Politik der Nationalsozialisten erleichtert hat. Vor allem aber steuert Frankreich mit Entschlossenheit und Zielbewußtsein den Kurs einer neuen Allianz, innerhalb und außerhalb des Völkerbundes, mit der Sowjetunion.

Diese Politik ist vielleicht die einzige, die den Krieg noch verhindern kann. Das klingt vielleicht paradox, aber nur in den Ohren derjenigen, die noch immer nicht begriffen haben, daß am 30. Januar 1933 durch den Sieg der Hitlerbarbarei in Deutschland ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte begonnen hat.

Abgesang in Genf

Abschied von der Abrüstung — Die letzte Sitzung

Am 29. Mai wird der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz nach langer Pause wieder zu einer Sitzung zusammentreten, nach menschlichem Ermessen zu seiner letzten. Die Abrüstungskonferenz, die im Februar 1932 unter Beteiligung aller Völkerbundstaaten, sowie der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union zusammentrat, ist seit dem Austritt Deutschlands am 14. Oktober v. J. oder richtiger seit der Machtergreifung Hitlers tot, und es gilt nur noch, ihr den Totenschein auszustellen. Daß dies nun endlich geschieht, dafür will Frankreich sorgen. Es hat mit seiner Note vom 17. April erklärt, daß es die Wiedereinberufung des Hauptausschusses trotz der Abwesenheit Deutschlands verlange, und daß es nicht daran denke, durch ein Abkommen mit Deutschland die vertragswidrige Aufrüstung der Hitlerregierung zu legalisieren.

Zweck der Sitzung vom 29. Mai kann also nur noch sein festzustellen, daß jedes Abkommen über Abrüstung oder Rüstungsstillstand unmöglich ist,

daß Deutschland durch seine Aufrüstung den Abschnitt V des Vertrages von Versailles verletzt, daß aber weder die Absicht noch die Möglichkeit besteht, es in die Schranken des Vertrages zurückzuzwingen. Damit wird das Signal zu einem neuen Wettrüsten und zu neuen Militärbündnissen gegeben sein.

Frankreich sagt, es wolle Klarheit schaffen. Ein löbliches Beginnen, hätte man nur den Mut, die ganze Wahrheit zu sagen!

Das wichtigste an dem ganzen Handel ist wahrlich nicht Abschnitt V des Friedensvertrages von Versailles. Dieser Abschnitt war neben jenen anderen, der von den finanziellen Verpflichtungen handelt, ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Indem dieser Abschnitt V das besiegte Deutschland gegenüber einer siegreichen schwerbewaffneten Welt augenscheinlich zur Wehrlosigkeit zwang, zerbrach er die moralische Stellung der deutschen Repu-

blik, stärkte er die nationalistische Reaktion. Dieser Abschnitt V war aber auch ein Mittel der Erziehung zur Unaufrichtigkeit; er hat keinen Tag bestanden, an dem die von ihm Betroffenen nicht daran gedacht hätten, wie er zu umgehen sei. Die sogenannten Wehrverbände, deren militärischen Wert man so gut bestreiten kann, auch wenn man sie im stillen militärisch ausbildet, waren Früchte dieses Systems.

Die schon vollzogene Auflösung der SA unter der Regierung Brüning-Groener wurde wieder rückgängig gemacht — aus militärischen Gründen!

Hätten die Sieger im Weltkrieg dem besiegten Deutschland die Freiheit gelassen, seine Landesverteidigung nach eigenem Ermessen mit den vorhandenen schmalen Mitteln aufzubauen, so hätte es wahrscheinlich niemals eine Hitlerdiktatur gegeben.

Das ist das erste, was zur Klarheit gehört. Dazu kommt noch ein Zweites. Der Abschnitt V ist nicht erst durch Hitler in die Luft gesprengt worden. Er hat schon früher nur noch zum Schein bestanden. Nachdem Ungarn mit Mussolinis Hilfe auferüstet hatte, ohne daß es irgend einen Widerstand gab, war klar, daß der Abschnitt V nur noch auf dem Papier bestand. Man hat ihn ja auch früher schon in Deutschland keineswegs für ein Heiligtum gehalten. Darüber haben die ausländischen Generalstäbe sicher mehr gewußt, als was sie öffentlich sagten. Sie waren klug genug, deswegen nicht Alarm zu schlagen. Erst das übermilitaristische Knallprotzertum des braunen Reiches hat den Protest herausgefordert.

Drittens muß auch dies gesagt werden: der militärische Wert dessen, was jetzt unter hysterischem Geschrei als deutsche Aufrüstung produziert wird, ist umstritten.

Deutschland ist im ganzen durch die sogenannte „nationale Revolution“ nicht stärker, sondern schwächer gewor-

den. Die Stärke, auch die militärische, hängt nicht allein von der Zahl der Kriegsmaschinen ab, sondern noch viel mehr von der inneren Gesundheit eines Staatswesens und dem Geist seiner Bevölkerung. Ein Staat, dessen Finanzen total zerrüttet sind und dessen Regierung von einem großen wachsenden Teil des Volkes als der eigentliche Todfeind betrachtet wird, ist nicht stark, sondern schwach. Das hat selbst Adolf Hitler begriffen. Und darum wimmert dieser einst so mauffertige Kriegshetzer jetzt so herzbrechend nach Frieden. Aber seine derzeitige Friedfertigkeit mag so aufrichtig wie möglich sein, niemand kann wissen, wann der stets schwankende Führer von seinem Anhang überrannt werden wird.

Daraus ergibt sich viertens: Es ist kein Unglück, daß der Abschnitt V des Vertrages von Versailles praktisch nicht mehr existiert. Das ist noch keine Gefahr für die Welt. Aber eine Gefahr für die Welt und vor allem für Deutschland selbst ist es, daß sich im Herzen Europas eine nationalistische Pöbelherrschaft etabliert hat, für die die selbstverständlichen Gesetze des Zusammenlebens der Menschen sowohl wie der Staaten nicht mehr existieren, die jedes Verbrechen und ganz selbstverständlich auch jeden Vertragsbruch billigt, wenn er im sogenannten Interesse der Nation, das heißt, zu ihrem eigenen Vorteil unternommen wird. Nicht das kann entscheidend sein, daß Deutschland den Buchstaben des Friedensvertrages verletzt hat,

entscheidend ist, daß diese Verletzung erfolgt ist durch eine Regierung, die eine Gefahr für Europa und für Deutschland selber ist.

Der formal-juristische Protest gegen Vertragsverletzung schlägt nicht mehr durch. Aber absolut durchschlagend ist der Einwand, daß man mit einer Regierung von der Beschaffenheit der gegenwärtigen deutschen überhaupt keine Verträge schließen kann.

Das Beste, was unter den gegenwärtigen Umständen noch für den Frieden Europas geschehen könnte, wäre es, wenn einer in Genf den Mut hätte, die Wahrheit zu sagen. Das wäre auch ein würdiger Abschluß für die Abrüstungskonferenz, und nur um den Abschluß kann es sich jetzt handeln. Bemühungen um Abrüstung sind zur Zeit sinnlos. Sie werden erst wieder Sinn bekommen, wenn Deutschland von seinem Ausflug in die Barbarei zur Zivilisation zurückgekehrt sein wird. Daß dies noch rechtzeitig geschieht, ehe die große Katastrophe unvermeidlich geworden ist, dafür wirken wachsende Kräfte in Deutschland selbst. Wer die Wahrheit sagt, hilft ihnen. Wer ihnen hilft, rettet den Frieden!

Aus einer Grenzstadt So zu loben ist eine Lust!

Aus einer deutschen Grenzstadt wird uns geschrieben:

In einem hiesigen Betrieb wurde von mehreren Arbeitern angefragt, wo die Mai-Anzüge bleiben, für die ihnen bereits 52 Mark vom Lohn in Raten abgezogen wurden, wofür sie aber bis jetzt nur eine Mütze erhielten. Ihnen wurde angedroht, wenn sie sich weiter über die Angelegenheit mokkerten, würden sie Gelegenheit bekommen, in Hohnstein, dem berüchtigten Konzentrationslager, weiter darüber nachzudenken. In demselben Betrieb haben zwei Arbeiter wegen Erhöhung der Löhne Vorstellungen erhoben. Sie wurden beide nach Hohnstein überführt, damit sie dort lernen sollen, billiger zu arbeiten. Ueber den Selbstmord des Brigadeführers Koch haben sich die Arbeiter in einem Betrieb unterhalten und ihre Glossen gemacht. Am anderen Tag wurden sie vor den Betriebsführer geladen, und es wurde ihnen erklärt, wenn sie noch einmal wagen würden, über die Angelegenheit Koch zu sprechen, sei ihnen das Konzentrationslager sicher.

Ein Stadtrat, natürlich strammer Nationalsozialist, hat sich die Anfrage erlaubt, ob es nicht möglich sei, an dem Beamtenapparat der Stadt zu sparen. Den Sinn dieser Anfrage begreift man, wenn man weiß, daß nach der glorreichen „Revolution“ in unserer 35.000 Einwohner zählenden Stadt nicht weniger als 400 Beamte neu eingestellt worden sind. Am anderen Tage erhielt der naseweise Stadtrat von der Kreisleitung ein Schreiben, in dem er aufgefordert wurde, sofort sein Mandat niederzulegen, da man derartige Kritiker nicht benötige.

So geht es bei uns zu, wo uns das Ausland sozusagen gleich ins Fenster hineinsieht. Wie mag es erst wo anders sein?

Laßt Zahlen sprechen

Vom Wohlfahrtsstaat zum Dritten Reich

In der Geschichte der deutschen Gegenrevolution, auch „nationale Revolution“ genannt, spielte die Arbeitslosenversicherung eine wesentliche Rolle. Schon die Schaffung dieser sozial- wie auch lohnpolitisch bedeutsamen Unterstützungseinrichtung hat auf die Sozialreaktionäre wie ein Signal zur Sammlung gewirkt. Das Ringen der organisierten Arbeiterschaft gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung hatte starke politische Wirkungen ausgelöst und im März 1930 bildete die Sanierung dieser Versicherung den unmittelbaren Anlaß zur Sprengung der Regierungskoalition. Die völlige Aushöhlung des Versicherungsgedankens in der Arbeitslosenfrage war die erste Tat des Kabinetts von Papen gewesen. Auf der anderen Seite waren die Nazis Nutznießer des Abbaues der Arbeitslosenunterstützung in ihrer Agitation. Herr Görbbels hatte noch im Sommer 1932 gegen den Raubzug der feinen Herren um Papen gewettert und die Erwerbslosen aufgefordert, nationalsozialistisch zu wählen. Nur so könnte das Unrecht, wie es durch die Notverordnung zur Arbeitslosenversicherung verübt worden, wieder gut gemacht werden.

Jene Papensche Notverordnung vom 16. Juni 1932 ist von Hitler nicht aufgehoben worden.

Vielmehr hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung mit Wirkung vom 16. April 1934 mit einigen Korrekturen der Ortsklasseneinteilung, die sich aus der letzten Volkszählung für die Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern nötig gemacht hat, die Papensche Notverordnung nunmehr als rechts-gültig für das Dritte Reich erklärt. Damit sind auch endlich die Hungerrenten für die arbeitslosen Versicherten amtlich und tabellarisch bekanntgegeben worden. Wir bringen diese amtliche Greuelpropaganda hier zum Abdruck und vermerken zum Vergleich die Unterstützungssätze, die vor der Papenschen Notverordnung nach der Regelung vom 21. März 1932 Geltung hatten. Auch damals war schon der Unterstützungsabbau bis hart an die Grenze des Erträglichen gegangen. Es war dem „neudeutschen Sozialismus vorbehalten“, jene abgebauten Unterstützungen nunmehr unter Aufrechterhaltung der vollen Versicherungspflichtbeiträge bis zu 50 Prozent weiter zu senken:

Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung nach den Verordnungen vom

Lohnklasse	Wöchentl. Lohn	21. März 1932		16. April 1934					
		1932	Hauptunterstützung RM.	1	2	3	4	5	6
I bis 10 RM.	1932	5,60	6,—	6,40	6,40	6,40	6,40	6,40	6,40
	1934a	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60
	1934b	4,50	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70
II von 10—14 RM.	1932	7,20	7,80	8,40	9,—	9,60	9,60	9,60	9,60
	1934a	6,—	7,50	9,—	10,50	10,50	10,50	10,50	10,50
	1934b	4,50	5,70	6,90	8,10	8,10	8,10	8,10	8,10
III von 14—18 RM.	1932	8,—	8,80	9,60	10,40	11,20	12,—	12,—	12,—
	1934a	6,—	7,50	9,—	10,50	10,50	10,50	10,50	10,50
	1934b	5,10	6,60	8,10	9,60	9,60	9,60	9,60	9,60
IV von 18—24 RM.	1932	8,80	9,90	10,90	12,—	13,—	14,05	15,10	15,10
	1934a	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	14,40	14,40	14,40
	1934b	6,—	7,50	9,—	10,50	12,—	12,—	12,—	12,—
V von 24—30 RM.	1932	9,45	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55	17,55
	1934a	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	16,20	16,20
	1934b	6,—	7,50	9,—	10,50	12,—	13,50	13,50	13,50
VI von 30—36 RM.	1932	11,55	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45	21,45
	1934a	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	18,—	18,—
	1934b	6,—	7,50	9,—	10,50	12,—	13,50	15,—	15,—
VII von 36—42 RM.	1932	12,70	14,65	16,60	18,55	20,50	24,40	24,40	24,40
	1934a	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20	19,20
	1934b	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	18,—	18,—
VIII von 42—48 RM.	1932	13,50	15,75	18,—	20,25	22,50	24,75	27,—	27,—
	1934a	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20	19,20
	1934b	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	18,—	18,—
IX von 48—54 RM.	1932	15,30	17,85	20,40	22,95	25,50	28,05	30,60	30,60
	1934a	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	24,30
	1934b	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	18,—	18,—
X von 54—60 RM.	1932	17,10	19,95	22,80	25,65	28,50	31,35	34,20	34,20
	1934a	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	24,30
	1934b	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20	19,20
XI von mehr als 60 RM.	1932	18,90	22,05	25,20	28,35	31,50	34,65	37,80	37,80
	1934a	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	24,30
	1934b	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20	19,20

Die hier wiedergegebene Neuregelung vom 16. April 1934 ist von der Nazipresse als besondere soziale Errungenschaft gefeiert worden. Die große Gabe an die Erwerbslosen soll darin bestehen, daß einige Orte, die nach der neuen Volkszählung von 1933 die Einwohnerzahl von 10.000 überschritten haben, mit sofortiger Wirkung in die Gruppe a eingereiht werden. Man ist auch sehr stolz darauf, daß die Kinderzuschläge in den untersten Lohnklassen nicht noch weiter gekürzt, zum Teil sogar kleine Beträge nach oben abgerundet worden sind. Diese Ausnahmen sind aber praktisch ohne Bedeutung. Die Lohnklasse I, in der diese „Verbesserungen“ auffallen, ist ursprünglich für unständige Arbeitnehmer (Reinmachten usw.) geschaffen worden.

Inzwischen ist aber beim Abbau der Arbeitslosenversicherung eine solche „geringfügige Beschäftigung“ wiederum versicherungsfrei gemacht worden! Die Personen, deren Kinder die erhöhten Zuschläge bekommen könnten, waren also schon vorher aus der Versicherung herausgeworfen!

Es ist kennzeichnend, daß selbst bei den eben erwähnten Gruppen, soweit es sich um Orte unter 10.000 Einwohner handelt, noch weiter munter abgebaut wurde. Das Gesamtzahlenbild zeigt die ganze Brutalität, mit der die schon im März 1932 gekürzten Unterstützungssätze weiter heruntergerissen werden. Für die Erwerbslosen sind die Hauptunterstützungssätze maßgebend und hier ist die Neuregelung unter Adolf Hitler mit der schon reichlich dürftigen Bemessung vom März 1932 überhaupt nicht mehr in Vergleich zu bringen.

Der Versuch, diesen schamlosen Raubzug an den Erwerbslosen damit zu bemänteln, daß auf Grund der noch nicht aufgehobenen Notverordnung vom 19. Oktober 1932 auch noch Sonderzulagen gewährt werden können, wird auf die Betroffenen wenig Eindruck machen. Es kommt nämlich hinzu, daß die in vorstehender Tabelle enthaltenen Unterstützungssätze nur mehr für die Dauer von 36 Tagen gewährt werden. Nach Ablauf dieser Zeit gelten die Elendssätze als Höchstsätze. Im übrigen wird nach 6 Wochen nach den Richtlinien der Wohlfahrt und unter Prüfung der Hilfsbedürftigkeit noch weit unter den „Höchstsätzen“ unterstützt.

Für diese Arbeitslosenversicherung, die vor allem die qualifizierten Arbeiter in den höheren Lohnklassen völlig im Stich läßt, müssen die Arbeiter und Angestellten heute noch jährlich weit über 1 Milliarde RM. Beitragssumme aufbringen! Der größte Teil dieser Beitragssumme ist dem eigentlichen Verwendungszweck der Versicherung völlig entzogen und dem Dritten Reich für andere Zwecke zugeführt worden. Das Dritte Reich „ehrt“ nicht nur den Arbeiter durch seine völlige Versklavung, es liebt auch seine Arbeitergroschen!

nen verhindert ist und nur Minister Darré und Oberpräsident Brückner nach Görlitz kommen konnten. Begleitet von den Klängen der SA-Kapelle stimmt die Menge das Lied: „Volk ans Gewehr!“ an. Zu Fuß schreiten die hohen Gäste dann mit dem Oberbürgermeister Pz. Ienzen, dem Kreisleiter Pz. Wockatz u. a. die Front der Ehrenwache in der Bahnhofstraße ab, um sich dann, unter stürmischen Heilrufen, ins Hotel Vier Jahreszeiten zu begeben. Während der Oberpräsident bereits gegen 10 Uhr mit der Bahn nach Breslau zurückkehrte, fuhr Minister Darré kurz vor 11 Uhr im Wagen zum Flugplatz, um von hier den Rückflug nach Berlin anzutreten.“

S. M. Darré haben gerührt, seine Untertanen auf zwei Stunden zu besuchen. Dummheit und Untertanengesinnung sind die Grundlagen der braunen Herrschaft!

Die Antwort der Sparer

Die Reichsregierung, dauernd in Schwierigkeiten, wo sie das Geld hernehmen soll, das zur Korruption der Wirtschaft, zur Bestreitung der militärischen Aufrüstung und zum Auffüllen ihrer zahlreichen bodenlosen Partenkassen benötigt wird, hat vor einiger Zeit auf die Sparkassen einen Druck ausgeübt, damit sie in größerem Umfang als bisher, die bei ihnen angelegten Spargelder in der nationalsozialistischen (Miß-)Wirtschaft anlegen. Es wurden zu diesem Zwecke sogar von früheren Regierungen zum Schutze der Sparer getroffene Bestimmungen beseitigt. Auf diese Maßnahme haben die Sparer sofort reagiert. Der Einlageüberschuß bei den deutschen Sparkassen ist im Monat März scharf zurückgegangen! Er betrug 15,5 Millionen Mark gegen 90,2 im Februar und 177,6 Millionen Mark im Januar!

Diese Sorge der deutschen Sparer ist durchaus begründet: Es ist ja auch nicht nur die kürzlich erlassene Verordnung, die die Sparrpennige bedroht. Vielmehr droht die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die beispiellose Schuldenwirtschaft des Hitlerregimes das deutsche Währungssystem zusammenstürzen zu lassen. So bringen die Sparer, in dem sie jetzt außerordentlich vorsichtig werden, nur das „unbegrenzte Vertrauen“ zum Ausdruck, das sie zur Regierungskunst der Hitler und Konsorten haben.

Antreten — oder . . .!!!

Das ist eine der Bekanntmachungen, die man heute in Hunderten an Betrieben finden kann:

Betriebszelle
Dürener Metallwerke.
Düren, den 11. Mai 1934.

Bekanntmachung.

Am Sonntag tritt die gesamte Belegschaft um 2 Uhr auf dem Mühlenweg an der Nideggerstraße zum Abmarsch zur Bürger-Versammlung an. Ich verlange von jedem daß er pünktlich zur Stelle ist. Nehme keine Entschuldigung an.

Da mir gemeldet wurde, daß es noch Belegschaftsmitglieder gibt, die sich weigerten Karten zur Bürger-Versammlung zu kaufen, macher anzusehen und

werde gegen die Leute Entlassung fordern, da sie dadurch beweisen, daß sie kein Interesse am Aufbau des Vaterlandes haben. Es sind noch genug Volksgenossen auf der Straße die unserem Führer am Aufbau helfen, und wir dann auch verpflichtet sind die Leute in den Betrieb aufzunehmen, die mit uns kämpfen und

gegen die Miesmacher

auszutauschen sind. Es ist nicht genug, daß Ihr in Arbeit und Brot seid, sondern auch diese Kleinigkeiten zu opfern, denn Ihr seid doch nur zu Dank an unserem Führer verpflichtet, der Euch wieder Arbeit gab.

Die Amtswalter haben mir bis heute Mittag eine genaue Liste zu geben von denjenigen die sich geweigert haben diese Karte zu kaufen, damit ich sofort die nötigen Schritte unternehmen kann, wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und

dem bieten wir die Faust.

Heil Hitler
gez. Euskirch
Betriebszellenobmann.

Hohe Herrschaften und Untertanen

Vom neudeutschen Byzantinismus

Die Untertanengesinnung der deutschen Kleinbürger feiert Triumphe. Die in die Macht und die Posten geschwemmten braunen Bonzen fühlen sich als „hohe Herrschaften“, als Fürstentümer für die Untertanen. Sie spielen diese Rolle besser als die Gruppe, die sie ersetzen. Das Maß von Eitelkeit und Gespinntheit, das die „besseren Herrschaften“ des nationalsozialistischen Führerklingels zeigen, hat keiner der deutschen Fürsten und Monarchen aufgebracht — nicht einmal Wilhelm II.! Wir beobachten jetzt in Deutschland den Ueber-Untertan, der seinen Servilismus am braunen Phantom übt!

Sogar manchem nationalsozialistischen Literaten wird dabei übel. So schreibt Johann von Leers in der „Westfälischen Landeszeitung“:

„Alles äußerliche Getue paßt zum Stil unserer Bewegung überhaupt nicht.“

„Die Parteistellen und sonstigen Dienststellen brauchen wohl technisch die besten Wagen, aber es sieht stilllos aus, wenn Leute in unserer Uniform aus schnittigen schneeweißen Luxuswagen steigen, in denen man eher eine Filmdiva oder eine Kokotte als einen Nationalsozialisten vermutet.“

„Auch mit Denkmälern sollte man sparsam sein.“

„Diesen Grundgedanken wollen wir aufrecht erhalten und auch gegen den Ueber-eifer solcher verteidigen, die uns den lauten Geist des billigen Hurrapatriotismus hereinschleppen möchten, die heute in Begeisterung für den Führer

sich überkugeln und beginnen, ihre alten byzantinischen Kaisergeburtstagsreden wieder loszuschmettern, nur daß sie diesmal den Führer und seine Mitkämpfer einsetzen, wo sie früher von den „Allerhöchsten Herrschaften“ redeten.“

Aber den „hohen Herrschaften“ ist dieser Byzantinismus gerade recht! Hier ist ein Bericht aus dem „Neuen Görlitzer Anzeiger“, in dem geschildert wird „Wie Görlitz Reichsminister Darré empfing“:

„Heute abend sind nur Lokale telephonisch zu erreichen, die ganze Stadt steht auf der Straße — diese Auskunft vom Kundendienst der Reichspost bei der Anmeldung eines Telefongesprächs war bezeichnend für die Stimmung in der Stadt in den Sonntagabendstunden. Tausende und aber Tausende umsäumten geduldig die Straßen, die für die Durchfahrt vorgesehen waren. Stundenlang standen sie da und warteten auf die hohen Gäste und ließen sich weder durch den gegen 7 Uhr einsetzenden Sturm noch durch die in der Luft liegende Gewitterstimmung zu einem auch nur vorübergehenden Verlassen der Plätze bestimmen. Von 5 Uhr ab standen Tausende von SA-, SS- und NSBO-Leuten und Hunderte von Amtswaltern zum Empfang bereit und bildeten in kilometerlanger Kette an den festlich geschmückten Hauptstraßen Spalier. Jeglicher Fahrverkehr war unterbrochen und nur das Auto der Poitzei und der Aufmarschleitung jagte von

Zeit zu Zeit durch die Straßen. Vor dem Bahnhofsgelände hatte der Ehrensturm der SA, ein Sturm der SS und ein Sturm des FAD Aufstellung genommen. Warten — warten — warten!

Gegen 8 Uhr schallen plötzlich die Signale einer Autokolonne vom Hindenburgplatz herauf. Die Spannung erreicht den Höhepunkt. Sie kommen! Von Heilrufen stürmisch begrüßt, jagt ein schwerer Wagen die Adolf-Hitler-Straße entlang: Heines und von Wechmar! Kaum hat man sie erkannt, sind sie auch schon vorüber. Und wieder beginnt das Warten. Viertelstunde um Viertelstunde geht dahin, die Dunkelheit bricht herein und an die Stürme werden brennende Fackeln verteilt. Unendlich langsam schleichen die Zelger der Bahnhofsuhren, wenn man wartet. Wieder rast das Polizeiauto durch die Stadt und wieder steigert sich die Spannung bis zum Äußersten. Irgendwo schlägt es 9 Uhr, das Rausen und Wispern der Menge schwillt zum gewaltigen Brausen. Heil! — Heil! klingt es vom Hindenburgplatz herauf. Umbräust vom Jubel der Menge fahren sechs Autos, begleitet von einer Abteilung Motorfahrer, die Adolf-Hitler-Straße hinauf. Das bekannte Gesicht des Oberpräsidenten Helmuth Brückner wird sichtbar und daneben eine schlanke Gestalt, die über der schwarzen SS-Uniform einen hellen Staubmantel trägt: Landwirtschaftsminister Darré. Am Bahnhof ein kurzer Aufenthalt. Das Summen der Motoren geht in den Marschklingen der SA-Kapelle unter. Vom Wagen aus begrüßt Obergruppenführer Heines die Gäste und die Volksgenossen und teilt mit, daß Ministerpräsident Göring am Erschei-

Soeben erschienen!

Das Deutsche Wunder 193?

Eine zeitgemäße Betrachtung von X. Es handelt sich nicht etwa um das außerordentlich berühmte Weltbuch des Generals John Johnson, das als ein Warnungsbuch für alle kriegswütigen Feindvölker geschrieben wurde — vielmehr handelt es sich um eine entsprechende Betrachtung, und lediglich handelt es sich um gar kein Buch, denn der Verfasser . . . — Na, wollen Sie selbst lesen!

Bestellungen gegen Voreinsendung K 7.— (oder Gegenwert evtl. in Marken) an
Beisky-Verlag, Brünn, Kröna 11.

Die Auflockerung der Presse

Im deutschen Geistesleben geht es augenblicklich zu wie in einer Exerzierhalle. Man merkt das schon an den Fachausdrücken, in denen kommandiert wird: Da wird gleichgetreten, Front gebildet, Richtung genommen, ein- und ausgeschaltet.

Zur Zeit aber wird die deutsche Presse von Göbbels „aufgelockert“. Lockerungsübungen sind die große Mode der Gymnastik. Die durch allzu scharfes Exerzieren verkrampften Muskeln müssen wieder beweglich gemacht werden. Deswegen werden zwischen je zehn Minuten Knieübungen und Liegestütz drei Minuten Lockerungsübungen eingelegt.

Göbbels Lockerungserlaß ist ein Dokument. Vor allem, weil er ein amtliches Zugeständnis für das bisherige Exerzierreglement darstellt. Man braucht nämlich nur an Stelle der Ausdrücke „es soll künftig“ oder „es soll nicht mehr...“ ein sinnstprechendes „bisher geschah es aber so...“ zu setzen, und schon erblickt man ein getreues Abbild der Fuchtel, unter der die gleichgeschalteten Preßgaleerensträflinge in Deutschland arbeiten müssen.

Künftig aber soll die Berichterstattung über öffentliche Veranstaltungen den Zeitungen selbst überlassen werden. (Bisher... s. o.)

In der Regel (aber auch nur in der Regel!) soll davon abgesehen werden, die Veröffentlichung von Reden im amtlichen Text vorzuschreiben. (Bisher... s. o.)

Wird ein amtlicher Text vorgeschrieben, so soll dieser möglichst kurz gefaßt sein. (Bisher... s. o.)

Vor allem soll davon abgesehen werden, die Berichterstattung über amtliche oder parteiamtliche Veranstaltungen durch behördliche Referenten und parteiamtliche Pressestellen vorwegzunehmen. (Bisher... s. o.)

Soweit es die Staatserfordernisse gestatten (soweit...!), soll von einer Nachrichten- und Berichterstattungspressen abgesehen werden. Es soll geprüft (!) werden, inwieweit (!) bereits verfügte Sperren aufgehoben werden können. (Bisher... s. o.)

Für die redaktionelle Arbeit der deutschen Zeitungen soll künftig als Richtlinie gelten, daß ihr innerhalb der Grenzen, die sich aus dem Schriftleitergesetz ergeben, ein möglichst weiter Spielraum zu lassen ist (Siehe: Grüne Post!) Der freien Kommentierung nach eigenen Gesichtspunkten ist der Vorzug zu geben. Es soll daher auch möglichst für alle Fragen die eigene Stellungnahme freigegeben werden, wobei erneut darauf hingewiesen wird, daß Auflagen nur von behördlicher Stelle. (Bisher... s. o.)

Soweit der Lockerungserlaß Göbbels! Und nun ist die Pressefreiheit in Deutschland restlos verwirklicht. Nach den Lobeshymnen der gleichgeschalteten Presse auf ihren Galeerenvogt muß man es wenigstens glauben. Die gleichgeschalteten Preßkulis machen vor Stolz und Freude Männchen, wie der gute Hund, der sein Körbchen ein Stück des Weges statt über in der Schwänze tragen darf. Bis ihm etwa einfallen sollte, zu bellen...

Aber keine Sorge, der Hund bellt nicht. Er wedelt! In der „Germania“ zum Beispiel liest man, daß alle Langweile und Uniformität der Presse nur an dem Material gelegen habe, mit dem die Preßwarte der verschiedenen Stellen und Organisationen die Zeitungen „vorsahen“. (Welch lieber Ausdruck!) Sobald alle das gleiche, nur mit etwas verschiedenen Worten schreiben, wird es bestimmt hochinteressant.

Besonders beglückt ist das Katholikenblatt, weil in der Floskel „freie Kommentierung nach eigenen Gesichtspunkten“ das Wort Kritik — nicht vorkommt. Sie vermißt es nicht. Denn abgesehen von einer kleinen Schar unentwegter Nörgler, habe das deutsche Volk an der Kritik, wie sie zur Zeit der Parteikämpfe üblich war, gar kein Interesse. Und stolz beruft sich die „Ger-

mania“ auf Wilhelm Stapel, der im „Deutschen Volkstum“ vom 1. Mai zwar die außerordentliche Verbreitung von Schweizer Zeitungen in Deutschland, zugleich aber auch „feststellt, daß diese Zeitungen nicht besser seien als die deutschen. Allerdings stellt sich die „Germania“ insoweit zu dieser Lobeserhebung in Opposition, als Stapel meint, daß die Schweizer Blätter nur um gewis-

weil sie besonders neu sind, sondern aus dem gegenteiligen Grunde: Mit fast den gleichen Worten wurde in den Jahren 1914 bis 1918 von der deutschen Presse die militärische Kriegszensur um Einsicht angefleht. Und damals geschah es wie heute: Es werden alle möglichen Lockerungserlasse herausgegeben, in der Praxis aber änderte sich gar nichts, im Gegenteil, auch das geschah wie heute: Wenn

Das neue Reichsbildungsministerium

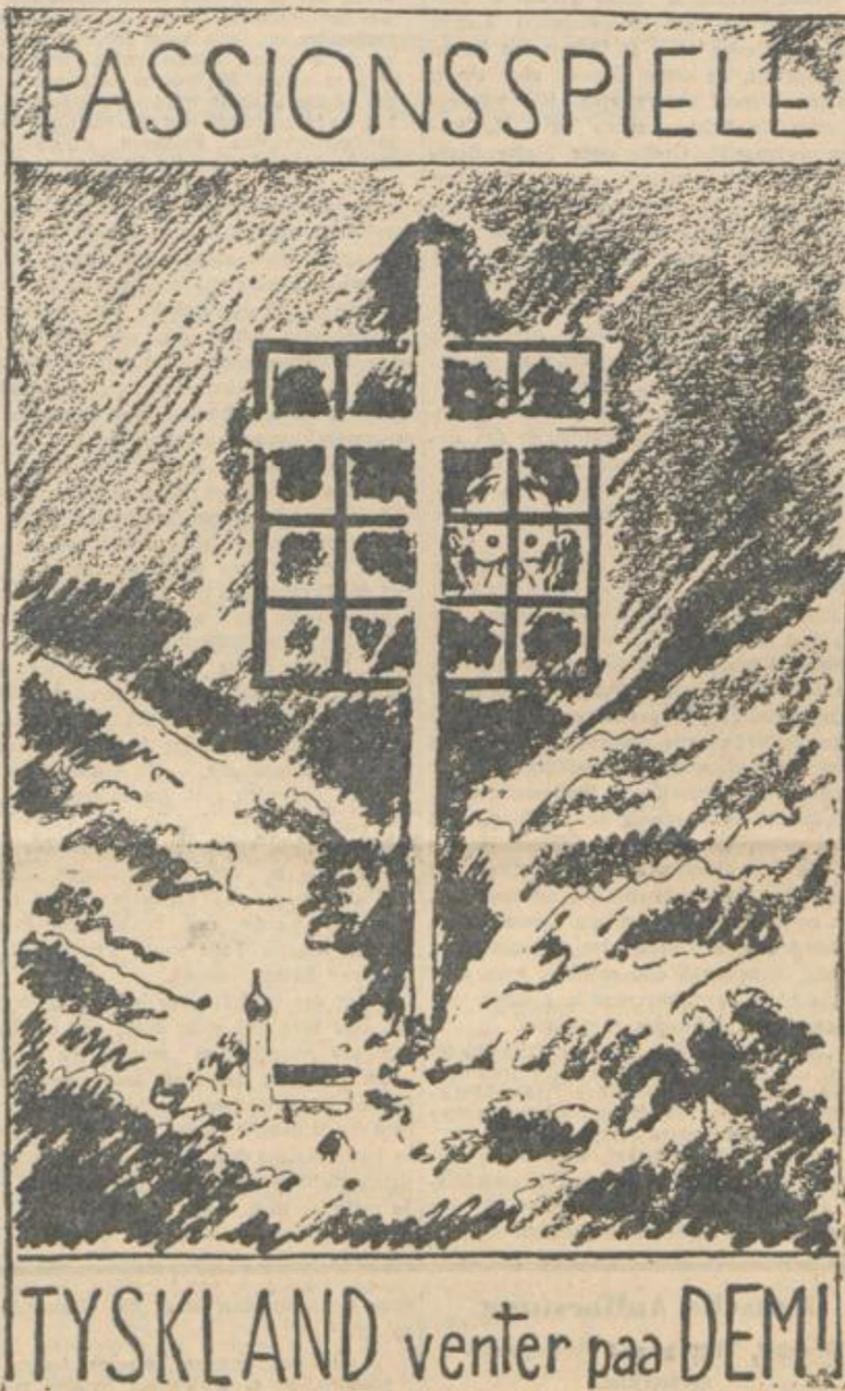
Kürzlich wurde im deutschen Rundfunk ein Erlaß des Reichspräsidenten bekanntgegeben, der die Errichtung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung anordnet. Formal scheint damit ein Prozeß erfolgreich abgeschlossen zu sein, an dessen Beginn die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Forderung auf ein einheitliches Reichsbildungsministerium steht. Das Deutschland der Vorkriegszeit war seinem Wesen nach einer einheitlichen reichsdeutschen Kulturpolitik feindlich, und wenn der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Schulz alljährlich im Reichstage die Forderung nach einheitlicher Gestaltung des Schul- und Bildungswesens erhob, so fand er weder bei den Vertretern der Länder mit ihren dynastischen Sonderinteressen, noch bei den Parteien irgendein Verständnis.

Nach dem Kriege schien sich eine grundsätzliche Wandlung zu vollziehen. Der Abschnitt Bildung und Schule in der Weimarer Reichsverfassung, der Artikel 10, der dem Reiche die Grundsatzgesetzgebung auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens einräumte, legen von dieser Wandlung ebenso Zeugnis ab, wie die Einberufung der Reichsschulkonferenz des Jahres 1920 durch den Reichstatthalter Koch und den Staatssekretär Heinrich Schulz. Der geistige Schwung, den die Umwälzung des Jahres 1918 auslöste, hätte zweifelsohne zu grundlegenden Veränderungen auf dem gesamten Gebiete der Kultur führen können, wenn dieser Schwung nicht unter der zaghaften Schwäche der Gesamtpolitik und der Uneinheitlichkeit des Willens und der Heterogenität der Interessen sehr bald erlahmte. Das Grundschulgesetz und der partikularistische Reichsschulausschuß waren das dürftige Ergebnis eines mühseligen Ringens von mehr als einem Jahrzehnt.

Die nationalsozialistischen Lobredner überschlagen sich natürlich jetzt in der Verhöhnung des schwächlichen Weimarer Systems und der Verherrlichung der „energischen und ziel-sicheren Führung Adolf Hitlers“. Es muß zugegeben werden, der organisatorische Zentralismus der Nazis kennt nicht jene zarte Rücksichtnahme auf partikularistische Sonderinteressen, kennt nicht jene übertriebene Pietät vor dem historisch Gewordenen, von dem sich die Weimarer Parteien so übertrieben beeindruckt ließen, aber er kennt ebenso wenig die großen treibenden Kräfte geschichtlichen Werdens, ebenso wenig die tiefe Verankerung und Verzweigung des Kulturlebens in dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Werden. Darum ist auch die Anordnung der Errichtung des Reichskulturministeriums nichts anderes als ein Stück jener Totalitätsbestrebungen, die der organisatorische Ausdruck der nationalsozialistischen Polizeidiktatur sind. Ein Reichsbildungsministerium, das die geistige Zentralstelle des deutschen Kulturlebens sein könnte, ist durch den nationalsozialistischen Ungeist in eine SA-Reichskommandostelle umgewandelt worden und der Reichskommandeur ist einer jener problematischen Naturen aus der engsten Umgebung Hitlers, ist der bekannte „Heldenvater“, der preußische Kultusminister Rust. Was kann auch schließlich ein Reichsbildungsministerium anders sein als eine Filiale des SA-Generalstabs, dem vom obersten Führer die Aufgabe gestellt ist, daß

„die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates ihre Krönung darin finde, daß sie den Rasseinstimm und das Rassegefühl instinkt- und verstandesmäßig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbrennt. (!) Es soll kein Knabe und kein Mädchen die Schule verlassen, ohne zur letzten (!) Erkenntnis über die Notwendigkeit und das Wesen der Blutrreinheit geführt worden zu sein — übrigens hat auch diese Erziehung unter dem Gesichtspunkt der Rasse ihre letzte Vollendung in Heeresdienste zu erhalten, wie denn überhaupt die Militärdienstzeit als Abschluß der normalen Erziehung des durchschnittlichen Deutschen gelten soll.“ (Hitler: Mein Kampf, Ausgabe 1933, Seite 475—76.)

Diesem Reichsbildungsministerium fehlt jeder moralische Kredit und jeder geistige Unterbau. Das freie Forschungsleben, einst der Stolz der deutschen Wissenschaft, ist längst unterdrückt und freie deutsche Gelehrte gibt es nur noch in der Emigration und in den Konzentrationslagern. Die deutsche Kunst produziert nur noch Lobeshymnen, Rasseballaden



Das bekannte Werbeplakat »Deutschland erwartet Sie!« — leicht verändert durch den Zeichner des »Ekstrablade«, Kopenhagen

ser politischer Pikanterien und Gerüchte willen gelesen würden, die dem Herzen der stillen Opposition wohlthun. Hierzu bemerkt die „Germania“:

„Was er, Stapel, von sich selbst sagt, daß er nämlich die ausländischen Blätter nur um der „Orientierung“, nicht um der Klärung willen lese, das gilt doch für sehr viele ihrer reichsdeutschen Leser überhaupt. Der Hunger nach Tatsachenberichten, nicht nach Sensationen, trieb zu den ersten Auslandsblättern (Emigranten-Hetzblätter bleiben hier außer Betracht, ihr reichsdeutscher Leserkreis ist sicher nicht groß). Eine weitere, noch viel bedenklichere Folge des Hungers nach Tatsachen war die „mündliche Zeitung“, die Gerüchtemacherei. Sehr bald wird das Geraune und Gemunkel, das Schwarzmalen und Uebertreiben aufhören, wenn in der Zeitung eine objektive, nur der Wahrheit dienende Berichterstattung über Vorgänge und Erscheinungen zu finden ist, die nun einmal nicht zu verheimlichen sind, seither aber nur „hintenherum“, meist vergrößert und entstellt, weitverbreitet wurden.“

Wir zitieren diese Äußerungen nicht,

ein nicht besonders beliebtes Blatt im Vertrauen auf die angekündigte größere Freiheit ein offenes Wort wagte, so wurde es wie jetzt die „Grüne Post“ mit diebscher Freude verboten. Am Ende dieser vierjährigen Pressekebelung stand bekanntlich der Verzweigungsschrei des konservativen Führers von Heydebrand und von der Leisa: „Man hat uns belogen und betrogen!“

Genau so wird die Sache diesmal enden!

Neudeutscher Durst

„Im Anfang war der Durst. Ein Roman von Erich Johann Dörr. Verlag für nationale Religion... Wir erleben stockenden Herzens, wie die Helden... allmählich aber sicher, dem Zauber der Wildnis verfällt, wie aus dem Seidenäffchen ein ganzer Mensch entsteht, ein berückendes Weib... Auch die anderen Bücher dieses kerndeutschen Dichters... sind Schlüssel zum Herzen der Natur!“ (Wild und Hund Nr. 20.)

Na, Prost!

und schändet sich und das Deutschland im
talendlosen, „geschnungstüchtigen“ Heroenkult.
Die deutsche Lehrerschaft marschiert im
gleichgeschalteten Schritt als „SA-Mannschaft
der deutschen Volksbildung“ und in den
Schulen herrscht der Geist, den neulich das
deutsche Philologenblatt mit folgenden Wor-
ten skizzierte:

„die neue Schulzucht wird sich an der
Wesensart des deutschen Jungen zu orien-
tieren haben, und zwar an dem Charakter-
zug, der heute in unserem Volk mit elemen-
tärer Kraft hervorgebrochen ist, am soldati-
schen Geist. Nur wenn die Schulen soldati-
sche Zucht einführen, werden sie sich die
Achtung und Liebe sichern können, die für
eine wertvolle Erziehungsarbeit unerlässlich
ist. — Die jüngere Lehrerschaft wird
den Weg über den Dienst in der
Hitlerjugend nehmen müssen. Dort wird
sich zeigen, ob der Anwärter die Eignung
zum Volkserzieher hat. Wir brauchen Schul-
meister, die die Jugend führen können; denn
Wissenschaftler haben wir in
Deutschland mehr als genug.“

Die Verachtung, die der Nationalsozialismus
vor der Wissenschaft und vor Bildung über-
haupt hat, ist verständlich aus seiner eigenen
ungeistigen Haltung heraus, aber sie kennzeich-
net auch das Episodenhafte und das Abhängig-
keitsverhältnis dieser Bewegung von Gewalt
und Reaktion. Das Reichsbildungsministerium
wird auch die Jugend zu betreuen haben. Doch
welche Jugend? Kein jugendliches Eigenleben,
das nach Form und Gestalt ringt, kein geistiger
und sittlicher Wettbewerb, kein Vertrauen, das
aus innerer Führung emporsteigt und sich aus
lebendiger Hingabe zum Können entwickelt,
sondern ein Millionenheer militärisch gedrillter
Rekruten ohne Eigenwillen und ohne Eigen-
können. Für eine solche Jugend genügen Kom-
mandogewalt und zentralistische Erlasse. Es
ist ein Friedhof der Geistigkeit, auf dem sich
das Reklamegebäude des neuen Reichsbildungs-
ministeriums erhebt. Dieses Reichsbildungs-
ministerium wird keine Geschichte ma-
chen, es wird mit dem nationalsozialistischen
System zusammenbrechen wie so manche,
schnell hergerichteten Pyramiden dieses Sys-
tems. Die Tatsache des Reichsbildungsmini-
steriums wird für uns jedoch ein dauernder
Vorwurf unserer eigenen Schwäche und un-
seres eigenen Mangels an tatsetzender Gestal-
tung sein.

Vorwürfe haben nur Bedeutung, wenn sie
einen neuen Willen und eine neue Kraft aus-
lösen. Wir wissen, das nationalsozialistische
System wird zusammenbrechen, aber wir soll-
ten auch wissen, daß nur die es ablösen wer-
den, die nicht nur den Zusammenbruch, son-
dern auch die Neugestaltung kämpfend
vorbereiten werden! Kurt Falk.

Neue Judenhetze

Die antisemitische Welle in Deutschland
steigt wieder an. In Köln am Rhein wur-
den auf dem jüdischen Friedhof 161 Grabdenk-
mäler zerstört. In Arnswalde in der Nähe
von Berlin wurden alle jüdischen Geschäfte
geplündert, ein Wohnhaus in Brand gesteckt.
Behörden und Presse bemühen sich, jüdenfein-
liche Ausschreitungen totzuschweigen. Die
Polizei schreitet gegen solche Ausschreitun-
gen nicht ein.

Heldenerziehung

Stillgestanden!

Ihr Schweine lebt in einem freien Lande,
was nicht verboten ist, das ist erlaubt.
Erlaubt ist wenig — kuscht euch, Rassel-
bände,
seid froh, daß man euch nicht das Maul
verschraubt.

Euch ist erlaubt, ganz dreist zu kritisieren —
etwa den Papst, das Wetter und Herrn
Cohn —
wer weiter geht, muß allerdings riskieren,
daß man ihn köpft, allein, was tut das
schon?

Ihr dürft euch furchtlos auf Befehl ver-
sammeln,
sofern es euren Oberherrn nicht kränkt,
Ihr dürft in Zeitungen Artikel stammeln,
vorausgesetzt, daß ihr dabei nicht denkt.

Natürlich dürft ihr etwas Eigenes meinen,
im freien Deutschland herrscht kein
Denkverbot.
Sprecht euch nur aus! Wer möchte feig
erscheinen?

Wir tun euch nichts, wir prügeeln euch
nur tot.

Verflucht sei, wer euch treuen Patrioten
die Freiheit nimmt! Wir schlagen ihn zu
Brei.

Habt ihr verstanden, ihr Quadratioten?
Merkt's euch, ihr Hunde, ihr seid frei!

Weggetreten!

Munin.

Bluff und Erfolg

Die optischen Täuschungen der Masseenseele

Der Erfolg hat etwas Bestechendes: die
Bewunderer fliegen ihm nur so zu! Jeder Er-
folgreiche glitzert in der Öffentlichkeit als einer,
der etwas können muß, denn von nichts wird
nichts, von allein entsteht kein Erfolg und
wie die in solchen Fällen landläufigen Redens-
arten sonst noch heißen mögen. Richtig, ohne
irgendwelches Können gibt's keinen Er-
folg, fragt sich nur, ob es sich dabei um
sozial wertvolles, um jenes Können
handelt, das der Erfolg so gern vortäuscht
und ob nicht Bluff und Maskierung dabei die
größere Rolle spielen.

Da der Erfolg ein sozial wichtiges Phäno-
men ist, gibt es gründliche wissenschaftliche
Durchleuchtungen dieses Problems und die
Ergebnisse sind für den sogenannten „gesun-
den Menschenverstand“ nicht gerade schmel-
chelhaft. Auf die Umweltkonstellation kommt
es an, wer oder was in bestimmten Zeiten
erfolgreich ist, da diese Umwelt aber einem
ständigen Wandel unterworfen ist, wandeln
sich auch die Erfolgschancen und Möglich-
keiten fortgesetzt. Große oder kleine Dem-
agogen etwa, die in ruhigen, normalen Epochen
unbeachtet bleiben oder als Bierbankschw-
dronneure ein anonymes Dasein führen wür-
den, können in Zeiten sozialer Wirren und
Erkrankungen schnell in den politischen Vor-
dergrund geraten. Aber unabhängig von den
sozialen Voraussetzungen, wird der Erfolg
immer von zwei Faktoren bestimmt, die Dr.
Gustav Ichheiser in seinem Buch über
„Die Kritik des Erfolgs“ wissenschaftlich er-
örtert und damit die Fragwürdigkeit des Er-
folgreichen bloß legt: die Leistungs-
tüchtigkeit und die Erfolgstitelhaftigkeit —
beides zwei durchaus verschiedene Werte.

Im beruflichen wie im politischen Leben
gehören zur Leistungstitelhaftigkeit alle jene
Qualitäten der Persönlichkeit, die nötig sind,
um sozial Wertvolles zu schaffen: fachliches
Können und Talent ebenso wie Methode, Fleiß,
Umsicht, Energie, also sozial
hochwertige Eigenschaften. Die Er-
folgstitelhaftigkeit hingegen hat noch
andere Voraussetzungen: Ausnutzung guter
Beziehungen, Protektion, Reklamefähigkeit,
bedenkenlose Herabsetzung der Leistungen des
Konkurrenten, skrupellose Ausnutzung gewis-
ser günstiger Konjunkturen, Kenntnis und
Ausbeutung der menschlichen Schwächen,
kurz: sozial unterwertige Eigenschaften,
die das faktische Niveau der angepriesenen
Leistung in keiner Weise erhöhen, wohl aber
den Schein der Leistungen und damit die
Erfolgstitelhaftigkeit steigern.

„Im Bereiche der seelischen Sensibilität
darf die „Dickhäutigkeit“ als die spezifisch
erfolgspositive, die sensitive „Dünnhäutig-
keit“ als die spezifisch erfolgsnegative
Eigenschaft gewertet werden...“
Leistungsminderwertigkeit kann durch ent-
sprechende (reklamegewandte) Erfolgstitel-
haftigkeit ausgeglichen, die schlechteren Schuhe
können dadurch zu besseren gemacht werden.

Rundfunkreden, Umzüge, Uniformen können
eine Weile politische Taten ersetzen und über
unerfüllte Versprechen hinwegtäuschen. Den
Anteil der Leistungstitelhaftigkeit und der
Erfolgstitelhaftigkeit

an der Konstituierung der Erfolgschancen
bringt Ichheisers Untersuchung durch folgende
Formulierung zum Ausdruck:

„Setzen wir die Gesamtheit der subjektiv,
d. h. vom Verhalten (also nicht von der
Umweltkonstellation) her bedingten Erfolgs-
chancen mit 100 Prozent an, dann läßt sich
sagen, daß an der Begründung dieser Er-
folgschancen die Leistungstitelhaftigkeit und
die Erfolgstitelhaftigkeit in ungleichem
Maße beteiligt sein können. Konkurrerieren
zwei Individuen miteinander und ist die
Leistungstitelhaftigkeit des einen mit 50 Pro-
zent, die höhere Leistungstitelhaftigkeit des an-
deren mit 80 Prozent etwa anzusetzen, mit
welcher letzteren keine Erfolgstitelhaftigkeit
verbunden ist, dann kann dennoch der Erst-
genannte seinen Konkurrenten überflügeln,
weil er seinen 50 Prozent Leistungstitel-
haftigkeit weitere 50 Prozent Erfolgstitel-
haftigkeit hinzufügt und dieserart die beiden
erfolgsrelevanten Faktoren zusammen
ein höheres überlegenes Erfolgsgewicht er-
langen...“

Das „Gute, Schöne und Wahre“ ist also
durchaus nicht mit Kräften begabt, die seinen
Sieg automatisch garantieren, zumal in der
politischen Sphäre gerade die unschöpfung-
erische Erfolgstitelhaftigkeit mit raffinierten
Verkleidungen auftritt, denn der Politiker oder
seine Bewegung sind nur erfolgreich, wenn sie
als leistungstitelhaft gelten. Und so
flücht denn der Programmlose sein „Geheim-
programm“ um so lauter vor und der Dilettant
sein „Fachwissen“. Durch solches „zweck-
rationales“ Verletzen aller sozialen Normen
und Spielregeln steigen die Erfolgschancen des
Betrügerischen, so daß im Wettlauf um den
Erfolg der mit dem geringsten sittlichen Bal-
last den bequemsten Start hat. Das „machia-
velistische Verhalten“, wider Treu und Glauben
mit allen zweckdienlichen Mitteln auf Ge-
winn, Macht, Erfolg auszugehen, bringt hem-
mungslosere Minderwertige den an sittliche
Normen gebundenen, sittlich Höherwertigen
gegenüber immer wieder in Vorteil. Und so
gesehen verlieren die Worte Machiavellis, wo-
nach es Tugenden gibt, die zwangsläufig zum
Untergange führen, und manche Laster, die
sicheren Erfolg verbürgen, jeden Anschein von
Paradoxie. In der Sphäre dieser „Laster“
sind die Kriminellen heimisch, und so er-
klärt sich, warum der faschistische Erfolgs-
rummel unserer Tage soviel Kriminalistisches
in seinen Reihen vereint.

Aber das Publikum ist doch auch noch
da! Das hört und sieht doch, wie ein Erfolg
zustande kommt! Das „macht“ ihm ja über-
haupt erst und das muß doch unterscheiden
können zwischen den lautereren und den un-
lauteren Mitteln?! Leider sehr oft nicht, denn
so leicht macht dem Zuschauer der routinierte
Erfolgstitelhaftigkeit namentlich in der Politik nicht.
Je mehr er lügt, desto eifriger wird er ver-
sichern, daß er die Welt von der Lüge rein-

gen wolle. Je gottloser er handelt, desto lauter
wird er Gott anrufen, wenn das Publikum, das
er gewinnen will, in religiösen Traditionen
lebt. Je korrupter er und seine Partei
sind, desto heuchlerischer wird er über die
„Korruption der Gegner“ zeternd und Reini-
gung verheißend. Grundsätze täuscht er vor,
um sie über Bord gehen zu lassen, sobald sie
unbequem werden. Jede Veränderung der
Situation findet ihn anpassungsfähiger, als den
mit sittlichen und grundsätzlichen Auffassun-
gen beschwerten. Der Gesinnungslose ist dem
Mann einer Gesinnung infolge größerer Be-
wegungsfreiheit immer an Erfolgstitelhaftigkeit
überlegen.

Was dem Zuschauer aber die Dinge noch
mehr vernebelt, ist das, was der Soziologe die

„Selbstverschleierung des Erfolgs“
nennt. Auf der Zuschauerseite, im sozialen
Bewußtsein, sind Mechanismen am Werke, die
das Fragwürdige der Erfolgstitelhaftigkeit mas-
kieren. Erfolg geht alle an, denn die meisten
Menschen suchen ihn, weil uns die menschi-
che Umwelt unter anderem auch nach dem
jeweiligen Erfolg bewertet. Von dieser Um-
weltbewertung hängt zuletzt auch unser
Selbstbewußtsein ab. Das Bedürfnis, den Er-
folgstitelhaftigen auch als leistungstitelhaftig
anzuerkennen, lebt seit jeher in den Menschen,
weil sie sich ja auch — jeder in den Größen-
verhältnissen seines Lebensraumes — vom
Erfolg als tüchtig bestätigt sehen möchten.
Gilt es bei einem, gilt es bei allen. Daraus
ergibt sich die unbewußte Bereitschaft, er-
folgstitelhaftig gleich leistungstitelhaftig zu setzen,
ein innerer Zustand, der auch im sozialen
Leben zu optischen Täuschungen
führt. Wir können tausendmal wissen, daß
Schienen parallel verlaufen, im konkreten
Falle werden unsere Augen der Täuschung,
daß die Schienen zusammenlaufen, immer wie-
der erliegen. Und wir können tausendmal
durch Lebenserfahrung wissen, mit welch
dreckigen Mitteln und unzulänglichem Können
oft Erfolge errungen werden — vor der
Macht des konkreten Erfolgseindrucks ver-
blassen die prinzipiellen Einsichten: die opti-
sche Täuschung tritt ein, Erfolgstitelhaftigkeit
wird als Leistungstitelhaftigkeit hingenommen.

Gegen diesen faulen Zauber, der den Bluff
siegen und die Qualität unterliegen läßt, gibt
es nur ein Mittel: Erziehung des Zu-
schauers zum kritischen Denken, Auf-
klärung über die Rolle der Täuschungsmecha-
nismen. Soziologen wie Ichheiser fordern, daß
man damit in der Schule beginne. Aber hier
sind die Grenzen der bürgerlichen Pädagogik:
sie darf nicht zugeben, wie sehr gerade die
bürgerlich-kapitalistische „Ordnung“ auf un-
wahrhaftigen Erfolgsideologien aufgebaut ist
und kann den jungen Menschen kein neues,
besseres Weltbild geben. Um so dringlicher
erwächst der sozialistischen Agitation die
Aufgabe, kritisches, selbständiges Denken zu
fördern, das Gebluffe, den Schwindel und die
Gemeingefährlichkeit der Kurfuscher aller
Art niederzukämpfen und ihre Gebote blinden
Glaubens und Gehorchens als das zu ent-
larven, was sie sind: Verschleierungen
ihres Humbugs und ihrer Unter-
wertigkeit. Bruno Brandy.

Deutsche Aufforstung

Strohhut, Theater und Propaganda-
mysterium.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In den deutschen Läden hängen jetzt Pla-
kate: „Kauft japanische Waren!“ Dar-
unter wird aufgezählt, was die Japaner alles von
Deutschland kaufen, nämlich mehr, als umge-
kehrt. In der Demokratie war das mit ver-
schiedenen Ländern so: sie alle nahmen mehr
von Deutschland, als Deutschland von ihnen.
Darum war damals unsere Handelsbilanz aktiv,
wir hatten Ausfuhrüberschuß. Heute muß uns
die Hitlerpresse jeden Tag erzählen, was wir
alles nicht kaufen dürfen, weil die Devisen
fehlen. Es wird immer schwieriger, ein Deut-
scher zu sein, und es dürfte sich notwendig
machen, den Untertanen des Dritten Reiches
ein Taschenbuch zu beschreiben, in dem ge-
schrieben steht, was der „gute Deutsche“ darf
und was nicht. Das erscheint nämlich mit
jedem Tage unübersichtlicher. Blond muß er
nicht mehr unter allen Umständen sein, denun-
zieren soll er nur, wenn „Staatsinteressen“
das verlangen (weil die Aemter das Geklatsche
nicht mehr bewältigen können), die Frauen
dürfen rauchen, sofern es sich um deutsche
Zigaretten handelt. Sie dürfen auch die kurze
Nackenfrisur tragen, sagen die Friseurinnungen,
die Seidenindustriellen hingegen lassen in den
Schulen für Zöpie plädieren, weil die mit Sei-
denbändern garniert werden können.

Aehnlich unklar steht neuerdings mit dem
Männerhut. Der Strohhutbranche gehts wie den
anderen, also sollen Stroh Hüte getragen
werden. Ein besonders gleichgeschaltetes Ber-

liner Boulevardblatt singt die „Butterblume“
so an:

„Aus den Halmen unserer Acker ge-
schaffen, ist er auch ein Symbol unserer
Verbundenheit mit den Feldern da draußen.
Und wieviel Heimarbeit fänden Beschäftig-
ung, wenn wir uns alle zum Sommerbe-
ginn einen Strohhut kaufen!“

Wenn 25 Millionen Menschen jeden Som-
mer einen Strohhut erwerben — welche Ar-
beitsbeschäftigung! Und möglicherweise kön-
nen wir die Stroh Hüte alle aus heim-
ischem Material beschaffen, wohingegen die
vielen Filzhüte wieder gar nicht ohne den
Import ausländischer Rohstoffe denkbar sind...
Du bist ein besserer Deutscher, wenn du
einen Strohhut trägst, anstatt deines alten
Kalabresers.“

Ja, braune Volkswirtschaft ist eine Sache
für sich. Falls du im Sommer überhaupt kei-
nen Hut trägst, so laß Dir sagen, daß der Hut
nicht für den Menschen da ist, sondern der
Mensch für den Hutlieferanten. Bereits
kommt die Filzhutkonkurrenz und fordert, daß
Filzhüte getragen werden, weil sie ein älteres
Produkt altheimischen Handwerks seien. Bereits
Martin Luther habe usw. usw. Was nun? Wer
soll den Streit entscheiden? Es wird immer
komplizierter, ein richtiger Deutscher zu sein,
denn wir erleben momentan unsere Auffor-
stung. Das ist tatsächlich so in Blättern zu
lesen, kürzlich erst wieder in der Zeitschrift
Das deutsche Wort: „Die Aufforstung
des deutschen Menschen wird täglich
im Rundfunk, in allen Zeitungen, in ungezähl-
ten Büchern und Schriften ausgesprochen...“
Und dann wird besseres Theater gefordert und
darauf verwiesen, daß längst ein altes ver-
staubtes Stück wie Sudermanns „Stein unter
Steinen“ in der Volksbühne zum großen Er-
folg wurde. Die Kritik um 1900 verlangte Bes-

seres, sie überschüttete diese Art Theatralik
mit Hohn, aber heute, so schreibt obige Zeit-
schrift, „ist der große Erfolg von Stein unter
Steinen bei Publikum und Presse der Pro-
test gegen zu viel erlittene thea-
tralische Uniform...“

Soweit hätte die braune Zensur das Theater
glücklich heruntergebracht. Es wagt nur noch
alte Schmarren. In der dritten Maiwoche sah
man auf sämtlichen Berliner Spielplänen nichts
als belanglose Groschenschwänke: Der müde
Theodor, Charleys Tante, Ihr erster Mann,
Hau ruck, Bunbury... Das andere Zeug stand
noch tiefer. Auf sämtlichen Brettern nicht ein
Stück, das auch nur die Bedeutung einer mit-
telmäßigen Komödie hätte. Es geht den Thea-
terdirektoren wie uns und der Presse: sie
können vor lauter Richtlinien nicht treten und
wissen nicht, was sie dürfen.

Diese Not wird noch verschärft durch das
neue Reichstheatergesetz. Das über-
trägt dem Propagandaministerium alle Macht
über das Theater: die Spielerelaubnis, das Be-
stätigungsrecht über sämtliche
künstlerische Kräfte und Mitar-
beiter, das Mitbestimmungsrecht über den
Spielplan. Göbbels regiert die Theater, für
braune Bonzen werden neue Pläne frei gefor-
det, aber die Theater, soweit sie noch beste-
hen, dürften noch rascher Pleite machen, denn
kein Betrieb verträgt solche Bevormundung
weniger, als das Theater. Das Publikum streikt
einfach. Als kürzlich eine Besucherorganisation
ihren Mitgliedern eine Aufstellung verschiede-
ner Stücke zur Wahl stellte, unterlag die
Hakenkreuz-Dramatik bei dieser kleinen Volks-
abstimmung in der elendesten Weise. Keine
zwanzig Prozent hatten für die Schlageterelen

Die Horen auf dem Scheiterhaufen

Göbbels, die „feurige Zunge“ des nationalsozialistischen Propagandaapparates, hat wieder einmal gegen die Gefahren mobil gemacht, die dem Dritten Reich „auch auf kulturpolitischem Gebiete“ drohen. Hoffentlich wird seine Rede ihre Wirkung nicht verfehlen — die Wirkung nämlich, der Welt immer von Neuem vor Augen zu führen, daß deutsche Kultur noch nie so bedroht gewesen, ja mehr als das, nie so geschändet und zerstört worden ist wie durch die blutigen Hände des braunen Regimes. Allein schon der Brandgeruch der Scheiterhaufen, auf denen deutsches Kultur- und Geistesgut in Flammen aufging, müßte als nationalsozialistisches Odeur wieder spürbar werden, wenn ein Göbbels von deutscher Kultur zu sprechen sich erdreistet.

Am 10. Mai ist in Paris, wie vorher schon in London und Newyork, eine Bibliothek der Bücher eröffnet worden, die das Dritte Reich auf den Scheiterhaufen geworfen hat. Die Bibliothek enthält alle von der Hitler-Regierung verbrannten, zensurierten oder konfiszierten Bücher, von Gotthold Ephraim Lessing (den man wahrscheinlich mit dem nachher ermordeten Theodor Lessing für identisch gehalten hat) angefangen bis zu den zeitgenössischen Schriftstellern, sowie die Bücher der im Auslande lebenden deutschen Emigranten. Sie umfaßt bisher schon über 20.000 Bücher; diese Zahl allein schon läßt erkennen, wie nachdrücklich das braune Regime den „Gefahren auf kulturpolitischem Gebiete“, die den Bestand des Dritten Reiches bedrohen, von Anfang an vorzubeugen bemüht gewesen ist.

Aber in dieser Bibliothek wird noch manches verbrannte Werk fehlen. Zum Beispiel Schillers „Horen“, die vielbändige Zeitschrift, die Schiller von 1794 bis 1797 in Jena herausgegeben hat. Auch sie sind verbrannt worden, und das ist eine Geschichte, die als Charakteristikum der nationalsozialistischen Kulturwächter der Vergessenheit entrissen zu werden verdient.

Als in den ersten Wochen des „nationalen Aufbruchs“ die braunen Söldnerscharen auschwärmten, um neben anderen Kulturtaten, die sie vollbrachten, auch Volksbuchhandlungen auszuräumen, Privatbibliotheken zu stürzen und die Bücher auf Scheiterhaufen zu schleppen, drangen sie auch in die Wohnung eines in einer Gartensiedlung bei Dresden wohnenden Musikschriftstellers ein; es war in diesem Falle kein Marxist, sondern, was eben so schlimm oder noch schlimmer ist, ein Jude. Auch seine Bibliothek wurde ausgeräumt. Und zwar gründlich. Um irgendwelche Sachkunde war man dabei nicht besorgt, sondern nahm in Bausch und Bogen alles, las aber doch während der Säuberung die Buchtitel und begrüßte die Bücher marxistischer Autoren oder jüdischer und gar französischer Schriftsteller, darunter einen so vertrackten Franzosen, wie Jean Paul, mit besonderem Siegergeheul. Dabei stieß ein braver SA-Mann auch auf eine vielbändige Bücherreihe. „Die Horen“ las er auf dem Rückentitel. Das war ja allerhand!

Der SA-Mann stand von der Suche im Knien extra auf, schlug mit der Faust auf einen der Bände und rief: „Nu guck dich bloß diese Schweine an! Hier lauter Bücher über die Hur'n!“ Und mit einem Schwung flogen die Bände auf den zum Verbrennen bestimmten Stapel.

Vielleicht stammte der biedere SA-Mann aus einer Gegend, in der man statt „Ohren“ sagt: „Ich hau Dir eens hinter die Uhr'n!“ Und nun las er hier in Übereinstimmung damit die schriftdeutsche Schreibe eines Wortes, daß er bisher nur als „Huren“ gekannt hatte. Und wenn ihm jemand hätte sagen können, daß die Horen die Göttinnen der Stunden seien, so hätte er wahrscheinlich auch bei dieser Erklärung eher an die Göttinnen eines Stundenhotels gedacht. Aber ob hochdeutsch oder nicht, ob Horen oder Huren — eine

Schweinerlei blieb's doch, und der jüdische Tintenkleckser, dieser Schweinigel, hatte einen Rippenstoß extra verdient, den er auch erhielt.

Der betroffene Schriftsteller mußte es erdulden und zusehen, wie seine Bücherei zusammengeworfen und davongeschleppt wurde, um verbrannt zu werden. Damals hatte er Mühe, Tränen ohnmächtiger Wut zu unterdrücken. Erst sehr viel später, als er längst der „Heimat, süßen Heimat“ den Rücken gekehrt hatte und ins Exil gegangen war, war er imstande, die Geschichte von den Horen zu erzählen. Und so mag sie hier verewigt sein als eine wahre Begebenheit aus dem „Lande des Lächelns“, wie nach der Behauptung Göbbels ausländische Journalisten das braune Deutschland genannt haben sollen.

Manfred.

Bürgermeister werden geschult

Ein Tag in einer Kreisschule der NSDAP.

Im Reich der tollgewordenen Spießbürger ist das Mittelalter erwacht nicht nur mit seiner Grausamkeit, sondern auch mit seiner Narrheit. Hier wird erzählt, wie Bürgermeister geschult werden. Es liest sich wie ein Schwank aus Schüldas, ist aber ein Bericht aus der „Deutschen Ostfront“, einer nationalsozialistischen Zeitung.

Wir erhalten folgende lebendige Schilderung aus einer Kreisschule in Oberbayern:

Dreißig Bürgermeister und Gemeinderäte aller Stände und Berufe waren

durch Gestellungsbeefehle

des Kreisleiters zum zweiten Lehrgang einberufen worden. Pünktlich trafen sie im vorgeschriebenen „strapazierfähigen“ Dienstanzug ein. Nach einer Meldung in der Kreisleitung und Entrichtung des Unkostenbeitrages wurde vor dem Schulungsraum, einer durch große Fenster sehr gut beleuchteten ehemaligen mechanischen Werkstätte, angetreten. Dem stellvertretenden Kreisleiter erstattete der Schulungsleiter Meldung, nach kurzen Begrüßungsworten des Kreisleiters wurde unter

Abhängen des Horst-Wessel-Liedes

die Hakenkreuzfahne am Maste hochgezogen. Es folgte die Benennung des Stubenältesten, des Zimmerdienstes, die Kommandierung der Wachhabenden und der vier Wachposten, dann wurde der freundliche Schulraum mit anschließendem Schlafraum, in dem sich auch der Verschlager für den Kursleiter befindet, bezogen. Der Kursleiter gab die Bettwäsche aus. In kürzester Zeit waren die Decken kunstgerecht in die Leinenhüllen eingezogen, die Leinentücher über die Strohsäcke gespannt und

die Klappen tadellos in Ordnung gebracht, so daß der Stubenälteste wenig zu beanstanden fand.

Der Schulungsleiter begann seinen Vortrag mit der Erklärung des Zweckes der Schule.

Vor allem müsse echter, natürlicher Kameradschaftsgeist geweckt werden, alle Kameraden sollten in alter Schützengrabenkameradschaft an diesem einen Tag wenigstens den Standesdünkel ablegen und sich

mit „Du“ anreden.

Mit diesen einleitenden Worten ging der Kursleiter über zu seiner eindrucksvollen, aber schlichten und volkstümlichen Aufklärung über den Nationalsozialismus, seine Entstehung, sein Werden und Wachsen, über den 14 Jahre langen schweren Kampf, den unser großer Führer für seine Idee geführt und über den Sieg, den er errungen hat.

Nach dem Vortrag wurde

mit Gesang zu einer Autohalle marschiert

und dort eine halbe Stunde der Körper geschult. Das Beispiel des 55jährigen Schulleiters, den man für einen 35jährigen halten könnte und der alle Übungen vor- und mitmachte, spornete die Kursusteilnehmer an. Nur wenige Kriegsbeschädigte konnten nicht mitmachen; allen übrigen sah man die Freude an, daß sie beinahe allen Anforderungen trotz der grauen und manchmal schon weißen Haare noch wacker genügen konnten.

In die Schule zurückgekehrt, wurde eine Singstunde abgehalten.

Für hochmusikalische Leute wäre das nun allerdings kein Genuß gewesen, beim bankweisen Singen wären sie wohl davongelaufen, aber schließlich gelang es, wenigstens ein Lied so einzudrillen, daß es beim Abmarsch zum Abendessen im nächsten Gasthaus zur Eisenbahn.

wenn auch nicht schön, so doch marschmäßig

sich Historiker interessieren werden, ist noch garnichts — wie erst die Irrenärzte! Demen wird unerschöpfliches Material aus der Nazipresse erblühen, und die Wissenschaft der Zukunft wird dem „Völkischen Beobachter“ ewige Dankbarkeit bewahren.

Um Mißverständnissen vorzubeugen ...!

Ein Inserat: „Der Dachauer hinkende Bote“ erscheint erstmalig in Nr. 22 der „Jugend“.

Um einem eventuellen Mißverständnis vorzubeugen: er ist nicht im Konzentrationslager zum Krüppel geschlagen worden!

Der verdächtige Flex

Der Dichter Walter Flex, eine Zeit lang der erklärte Liebhaber der Jugend, ist — selber noch im jugendlichen Alter — inmitten des Weltkrieges bei der Eroberung der Ostseeinsel Oesel gefallen. Von den Barden des Dritten Reiches haben die meisten wie Kube, Göbbels usw. verstanden, jeder derartigen Eventualität aus dem Wege zu gehen, wofür sie jetzt nach Ausbruch des wahren deutschen Heldenzeltalters ihre fetten Pfünden verzehren. Flex, wie gesagt, starb den Soldatentod.

Aber für das Dritte Reich genügt solche Legitimation nicht. Einige Schnüffler bekamen heraus, daß die Mutter des toten Dichters Margarethe Pollack geheßen habe, was ein Judennamen sei, weswegen die Dichtungen des Flex als artfremdes volkszerstörendes Gift auf den Schütterhaufen gehörten. Nun aber hat sich der Sachverständige für Rassenforschung beim Reichsinnenministerium — man sieht, was das

gesungen werden konnte. Der anschließende Kameradschaftsabend bot ein Bild echter Kameradschaft. Da saßen sie beieinander und erzählten von ihren Familien, ihren Lebensschicksalen, von Kriegserlebnissen; aber auch von Deutschland und seiner Zukunft wurde viel gesprochen.

Schlag 10 Uhr befahl der Schulungsleiter den Heimmarsch. Die Klappen wurden bezogen, beim Hinaufklettern in die oberen Klappen mußte manchmal etwas nachgeholfen werden. Der Wachhabende führte Posten Nummer 1 auf, die Lichter wurden gelöscht.

Schlag 6 Uhr hieß der energische Ruf des Wachhabenden:

„Raus aus den Klappen“.

alle aufstehen. Sofort wurde wieder in die Autohalle zu den Leibesübungen abmarschiert. Die flotten Übungen ließen die Kälte nicht spüren, im Gegenteil, bald dampften alle Körper. Um so besser schmeckte das Frühstück und der Geist war frisch.

Ein einstündiger Übungsmarsch

führte die Kursusteilnehmer am Starnberger See entlang durch die Pracht der herrlichen Vorgebirgsgegend. In der Mittagspause, in der ein einfaches, aber schmackhaftes Eintopfergericht das Hungergefühl beseitigte, entwickelte sich nochmals eine recht heitere echt kameradschaftliche Unterhaltung.

Auf dem Rückweg zur Schule ging das Singen schon besser.

Ja, öffneten die Mädchen die Fenster und die Türen, wie es in dem alten Soldatenlied heißt. Der Aufbruch wurde vorbereitet, die Leinenüberzüge abgezogen und an den Stubenältesten abgeliefert. Noch einmal wurde auf den Schulbänken Platz genommen. Der Schulleiter hielt einen hochinteressanten Vortrag über die Geschichte Deutschlands.

Als er nach einer Stunde die Teilnehmer fragte, ob sie ihn noch hören wollten, stimmten alle freudig und begeistert zu; hörte man doch zu viel Neues, was in der Schule verschwiegen worden war. Es war geradezu ein meisterliches Kunstwerk.

In 1 1/2 Stunden die Geschichte des deutschen Volkes.

die so unendlich reich ist, volkstümlich und alles Wesentliche umfassend vor den Augen der Kursusteilnehmer gewissermaßen abrollen zu lassen.

Alle Kursusteilnehmer bedauerten den Schluß des Vortrages, als der Stubenälteste mit dem Ablauf eines Weckers das Zeichen zur Beendigung des Kurses geben mußte. An die vor dem Schulraum wieder angetretenen Kursusteilnehmer richtete der Kursleiter kernige Abschiedsworte, ein begeistertes Sieg Heil erschallte, die Fahne wurde niedergehoht und

das Kommando „Weggetreten“ entließ die Teilnehmer.

So berichtet die nationalsozialistische Presse wörtlich. Wer kann da noch daran zweifeln, daß sich die deutschen Kommunen in allerbesten Obhut befinden.

bestimmt. So sieht der geistige Umbruch und der „Aufbruch der neuen Gestalter von Blut und Boden“ aus. Das Publikum hat diese Aufzählung bis obenhin. Daran kann auch das Propaganda-Mysterium — wie Göbbels Amt im Volkswitz heißt, weil er Schwarz in Weiß fälscht — nichts ändern.

Die tapfere Presse aber wagt nicht einmal anzudeuten, daß ohne Freiheit keine Kunst gedeiht. Dafür wird Stein unter Steinen zum Proteststück emporgeschmiert, und wer Opposition mimen will, muß zu Sudermann gehen. — Es wird immer schwieriger, ein Deutscher zu sein.

Theaterdiktator Göbbels

Das oben erlassene Gesetz über die Neuordnung der Theater in Deutschland ist ein weiterer Schlag gegen die Freiheit der Kunst. Künstlerisches Wirken soll künftighin von der Bühne verschwinden und an dessen Stelle die Propaganda treten. Sämtliche deutsche Bühnen, natürlich auch die Provinztheater unterstehen jetzt dem Propagandaministerium. Göbbels soll nach dem Gesetz „die nationalen Pflichten der deutschen Theater zur Erfüllung bringen“. Die Privattheater sollen in Zukunft nicht mehr als Erwerbsgruppe betrachtet werden. Das werden sie schon lange nicht mehr! Das neue Gesetz enthält vier Hauptpunkte. 1. An die Stelle der Konzession ist die persönliche Zulassung getreten, über die Dr. Göbbels persönlich entscheidet. 2. Das Betätigungsrecht für künstlerisch leitende Personen wie Intendant, Direktor, 1. Kapellmeister und Spielleiter steht Göbbels persönlich zu. 3. Göbbels hat das Recht, Aufführungen zu ver-

boten, Absetzungen vom Spielplan zu verlangen, aber auch das Recht, die Aufführung bestimmter Stücke zu fordern. 4. Das Propagandaministerium beaufsichtigt den Handel mit Theaterkarten.

Die Zukunft der deutschen Theater ist nun genau vorgezeichnet. Da sie als künstlerische Institute nicht zu halten waren, wurden sie zu propagandistischen Zwecken verwendet. Herr Göbbels wird nun unter Leitung seiner Beamten „bestimmte Stücke“ aufführen lassen, vor allem Stücke von ihm selbst und jene seiner Parteigenossen Kube, Schirach usw. und dann wird die SA, die SS und die deutsche Arbeitsfront in die Theater kommandiert. Die Karten werden billig sein und müssen gekauft werden. Die Woche wird aufgeteilt für die einzelnen Stürme und Betriebe, das Theater wird gefüllt, die Menschen werden fluchen, daß sie für irgendeinen langweiligen, verlogenen Dreck wieder die Groschen abgezwickelt bekommen. Und dann heißt es in der gleichgeschalteten Presse „Aufschwung des deutschen Theaterwesens“!

Interessant — für wen?

In der Zeitschrift „Deutsches Volkstum“, Hamburg (Herausgeber Wilhelm Stapel) lesen wir:

Wenn ein Historiker in 50 oder 100 Jahren die Zeitungen von heute aufschlägt, wird er den „Völkischen Beobachter“ als Zeugnis historischer Vorgänge weit interessanter finden als die Basler und Züricher Blätter mit ihrer Art von Kritik, für die man in Norddeutschland den etwas groben aber treffenden „Klugschößereien“ hat. Warum diese falsche Bescheidenheit? Daß

Dritte Reich für Sorgen hat — des Gerüchtes angenommen und — ein Stein kullert von vom Herzen! — festgestellt, daß Walter Flex einer „angesehenen deutschen Familie rein arischen Blutes entstammt, die bis zu einem Namens-träger aus dem Jahre 1750 festgestellt werden konnte.“

Flex ist gerettet. Obgleich eigentlich die Auskunft des Herrn Reichssachverständigen mehr Flex als Pollack rechtfertigt. Aber nun weiß man jedenfalls, daß seine Dichtungen nicht als semitisches Gift, sondern als Offenbarungen nordischen Geistes anzusprechen sind!

Nieder mit den Ostischen!

In der Zeitschrift „Dichtung und Volkstum“ (Euphorion Neue Folge, Stuttgart) jammert ein ostischer Arier:

Günther spricht davon, daß die ostische Rasse in Deutschland keinen eignen Kulturkreis ausgebildet hat. Das ist einmal nicht richtig und hat sodann Anlaß zu irreführenden Schlußfolgerungen gegeben... Die sogenannte ostische Rasse spielt in der Rassenkunde die Rolle des Neutrums, das alles sein muß, was man nicht deklinieren kann. Sie ist aber auch der Sündenbock, der an allem Schuld ist.“

Also nach den Juden nun auch die Ostischen? Eines Tages wird die Säuberung im eignen Rassenlager beginnen und am Ende dürfte von allen dinarischen, nordischen, ostischen und westlichen Ariern nur Göbbels als reiner Germanentyp übrig bleiben, denn ihm ist weder eine dinarische noch eine nordische, weder eine westische, noch eine ostische — ihm ist überhaupt keine Großmutter nachzuweisen.

Zwangswirtschaft ohne Plan

Deutschland in wirtschaftlicher Lebensgefahr

Wie diese Kerle Deutschland zugrunde richten! Siebzehn Monate Hitler haben genügt, die Wirtschaft in einen Zustand der Verwirrung zu bringen, aus dem einen Ausweg zu finden immer hoffnungsloser erscheint. Es geht ja alles kunterbunt durcheinander in dieser Zwangswirtschaft ohne Plan! Da sollen die Preise stabil bleiben — aber eine unheimlich bürokratisierte, mit Kosten, deren Höhe man kaum ahnen kann, sich immer weiter ausbreitende agrarische Zwangswirtschaft führt in Verbindung mit der Unterbindung der Einfuhr zu immer stärkerer Verteuerung aller Lebensmittel. Die Löhne sollen nach dem Programm dieselben bleiben, aber die ganze Milliardenlast der nationalsozialistischen Agrarpolitik fällt auf die Arbeiter und städtischen Konsumenten, die Reallöhne müssen also sinken, auch wenn die Nominalöhne gleich geblieben wären.

Auf dem Gebiet der Industrie und des Gewerbes läßt sich dieselbe Entwicklung beobachten. Nicht umsonst vergeht kaum eine Woche, in der der Wirtschaftsminister nicht in einem Erlaß „Stellung nimmt“ gegen Preissteigerungen: für Textilien und Metalle, deren Einfuhr infolge des Devisenlendens zunächst unterbunden ist, sind bereits wie im Krieg Höchstpreisverordnungen erlassen. Gleichzeitig werden aber den Produzenten in immer größerem Umfang Monopolstellungen geschaffen.

Eine eben erlassene Verordnung über den Aufbau des deutschen Handwerkes führt die Zwangsinnungen ganz allgemein ein. Nichts kann verhindern, daß diese Zwangsinnungen zu lokalen Kartellen werden, die die ihnen genehmen Preise umso mehr durchsetzen werden, da sie auch die Neuzulassung zum Handwerk weitgehend in der Hand haben, vor neuer Konkurrenz sich also ebenso schützen können wie der Einzelhandel, der durch das nunmehr verlängerte Verbot der Errichtung neuer Einzelhandelsunternehmungen vor Konkurrenz geschützt ist.

In der Tat werden Preisunterbietungen in Hitler-Deutschland schon als Verbrechen behandelt. Diese werden je nachdem entweder auf kurzem Weg mit Hilfe der SA durch Anprangerung und Boykottierung oder von den Innungen selbst durch hohe Geldstrafen geahndet, und erst kürzlich hat das Polizeipräsidenten in Braunschweig in einem Streitfall die Strafen, die die Schneiderinnung über zwei ihrer Mitglieder wegen zu geringer Preise verhängt hatte, als zu Recht bestehend anerkannt.

Ebenso eindeutig verläuft die Entwicklung in der Industrie. Deutschland ist von jeher das Land der ausgebildeten Kartellwirtschaft gewesen. Nie aber ist das Kartellwesen in höherem Maße vom Staate gefördert worden als unter der nationalsozialistischen Diktatur. Einmal sicher durch die Handelspolitik. Man darf ruhig sagen, daß keinem Wunsch irgendeiner kapitalistischen Gruppe nach Zollerhöhung, um ausländische Konkurrenz auszuschließen, die Erfüllung versagt geblieben ist. So haben sich z. B. unter stets erneuten Zollerhöhungen die Textilkartelle immer straffer organisiert.

Zu dieser Handhabung der Handelspolitik kommt die immer stärkere Anwendung der Zwangskartellierung. Überall dort, wo die Kartellierung auf Widerstand von Außenseitern stößt, kann damit gerechnet werden, daß Wirtschaftsminister Schmitt von seiner Befugnis — mit größtem Widerstreben natürlich, aber doch — Gebrauch macht und den Monopolisierenden die nationalsozialistische Staatsmacht gehorsam zur Verfügung stellt. So ist kürzlich ein Investitionsverbot für Radioeräte, das auch Radioröhren umschließt, erlassen worden. Die Errichtung neuer Gerätefabriken wird kurzerhand verboten. Begründet wird das Verbot natürlich mit Rücksicht auf die mittleren und kleineren Betriebe. In diesem Fall ist der Schwindel besonders kraß. In Wirklichkeit hat die hochkapitalistische Telefunken G. m. b. H. bisher in Deutschland auf Grund von Patenten die beherrschende Stellung. Die mittleren und kleineren Betriebe arbeiten auf Grund von Lizenzen, die Telefunken erteilt; Telefunken hat die Zahl dieser Betriebe von jeher klein gehalten und unerwünschte Konkurrenten ferngehalten. Aber der Zeitpunkt naht, in dem die Patente von Telefunken ablaufen.

Um zu verhindern, daß das kapitalistische Monopol dann durchbrochen wird und unbenutzte Konkurrenz zur Verbilligung der Radioapparate führt, wird die Staatsmacht mobilisiert, neue Fabrikation untersagt und der Millionengewinn von Telefunken auch für die Zukunft sichergestellt.

Ähnliche Gunst ist auch den Papierindustriellen widerfahren. Auf Grund des Zwangskartellgesetzes hat der Reichswirtschaftsminister zunächst bis zum 31. Dezember 1935 — aber wer zweifelt an der Verlängerung? — verboten die Errichtung neuer Unternehmungen oder die Wiedereingangssetzung stillgelegter, in denen Papier, Karton- und Maschinenspappe hergestellt wird oder ihre Erweiterung oder Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit; auch dürfen sie nicht zur Fabrikation anderer als der bisher hergestellten Sorten übergehen. Damit ist den Unternehmern — natürlich ohne jede Gegenleistung — ein absolutes Monopol verliehen — wer zweifelt, daß sie das trotz aller frommen Mahnungen vor rücksichtsloser Preispolitik voll auszunutzen verstehen werden?

Dazu kommen die immer unübersichtlicher werdenden Subventionen an einzelne Wirtschaftskreise. Manches mutet wie Irrsinn an. Einer der Hauptverderber der deutschen Wirtschaft ist der Ernährungsminister Darré. Der Mann hat sich in den Kopf gesetzt, die Wollzucht zu heben. Die deutsche Wolle deckt nur etwa 10 Prozent des Bedarfs — ist übrigens von schlechter Qualität. Was tut's? Wozu hat man das Führerprinzip? Man ordnet erstens für Wolle Festpreise an, die erheblich über dem Weltmarktpreis liegen — zur großen Freude der deutschen Züchter. Man ordnet zweitens, da kein deutscher Industrieller die schlechte und teure Wolle kaufen will, einen Abnahmevertrag an. Die Industriellen wehren sich; könnten wir auch die Preiserhöhung auf den deutschen Volksgenossen gern abwälzen, wie sollen wir bei den Zeiten den immer mehr

zurückgehenden Export noch aufrechterhalten? Darré bildet einen „Ausgleichsfonds“, aus dem die von ihm geschaffene Preisdifferenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis bezahlt werden soll. Man erfährt so nebenbei — daß diesem Fonds „vorläufig von der Reichsregierung mehrere Millionen zur Verfügung gestellt“ werden. Genauere Angaben werden für überflüssig gehalten. Man erwägt, ob dieser Fonds, in dem „vorläufig“ Millionen Steuergelder, die im Budget sicher nicht erscheinen, verschwunden sind, für die Dauer durch Umlage auf die verarbeitende Industrie entsprechend den verarbeiteten Mengen Auslandswolle, also auf Kosten der Konsumenten und der Exportmöglichkeit aufgebracht werden soll!

Aber ebenso erzeugt die Subventionswirtschaft auf dem eigentlichen industriellen Gebiet immer neue Blüten. Der ganze deutsche Erzbergbau — Eisen, Kupfer, Zink — wird aus staatlichen Mitteln unterstützt und die Subventionen fortwährend vermehrt, so unproduktiv dieser Abbau auch ist.

Schon nicht mehr kapitalistische Subvention, sondern reine Raubwirtschaft an der Allgemeinheit stellt der neuerdings betriebene „Mineralölwirtschaftsplan“ dar.

Hier handelt es sich auch um die Interessen der allerfeinsten — Nationalsozialisten, der Thyssen und Bosch, der Montantrüsten von Koble und Kali, und der I. G. Farben und Idealkonzern mit dem deutschen Militarismus, der in Öl autark sein will. Neue Erdölbohrungen sollen auf Kosten des Reiches erfolgen, der Nutzen verbleibt freilich den privaten Gesellschaften, vor allen den Kalikonzerne, da das Vorkommen von Öl mit dem von Kali zumeist verbunden ist. Die bestehenden Erdölgesellschaften sollen neue staatliche Subventionen zur Ausdehnung ihrer Tätigkeit erhalten. Die Oelgewinnung aus Stein- und Braunkohle, ein Hauptinteresse sowohl der I. G. Farben als der Ruhrherren, soll gefördert und deshalb sollen die Benzin- und anderen Ölpreise vom Staate garantiert werden.

All das bedeutet zwar auf der einen Seite Schutz alter oder Schaffung neuer Monopolgewinne, aber auf der anderen Seite Erhöhung der Produktionskosten, Belastung der Konsumenten, also Verengung des Binnenmarkts bei gleichzeitiger Erschwerung des Exports — steigende Unproduktivität der Gesamtwirtschaft, zur Befriedigung des Eigennutzes einiger von der Diktatur privilegierten Schichten auf Kosten des Gemeinnutzes. In demselben Augenblick, in dem man Preiserhöhungen bekämpft, schließt man die groß- und kleinkapitalistischen Produzenten zu Monopolorganisationen zusammen, die die Preise in die Höhe treiben und macht eine Wirtschaftspolitik, die alle Produktionskosten heraufsetzt. In demselben Augenblick, wo die Devisenlage das Geständnis erzwingt, daß der Rückgang des Exports eine Katastrophe für die Gesamtwirtschaft heraufbeschwört, daß Autarkie für Deutschland wirtschaftlicher Selbstmord ist, jagt man auf dem gesamten agrarischen und industriellen Rohstoffgebiet dem Autarkiewahn weiter nach mit immer mertrträglicherer Be-

lastung der Reichsfinanzen und der ganzen Volkswirtschaft.

Eine solche Politik müßte schließlich nach kürzerer oder längerer Zeit zum Ruin führen. In der deutschen Situation bedeutet sie unmittelbare Lebensgefahr. Der April hat einen neun Rückgang der Ausfuhr von nicht weniger als 85 Millionen gebracht, von dem der Hauptteil — 76 Millionen — auf den Rückgang der Fertigwarenausfuhr entfällt. Der Rückgang ist doppelt so stark wie im Durchschnitt der Vorjahre. Da die Einfuhr trotz der Einfuhrverbote für Textilien, Metalle und Kautschuk, die sich im April noch nicht ausgewirkt haben, ziemlich unverändert geblieben ist, so beträgt der Überschuss der Einfuhr 82 Millionen Reichsmark.

Das Passivum der Handelsbilanz erreicht damit für die ersten vier Monate die Summe von 136 Millionen, während in derselben Zeit des Vorjahres noch ein Aktivum von 175 Millionen zu verzeichnen war!

Ebenso schreitet die Aufzehrung des Restes von Gold und Devisen immer weiter fort. Die Reichsbank hat in der zweiten Maiwoche neuerlich 25 Millionen an Gold und Devisen verloren, ihr Bestand ist auf 165 Millionen gesunken, die „Notendeckung“ ist von 5,4 auf 4,8 Prozent zurückgegangen. Die Gläubigerkonferenz zieht sich immer weiter hin, und ihr Ausgang bleibt ungewiß. Aber das Problem wird immer klarer: solange die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik so weiter geht, wird der deutsche Außenhandel immer mehr zurückgehen, während die Einfuhr für Kriegsrüstung und für die phantastische und unproduktive Arbeitsbeschaffung anhält. Und das wird nicht nur jede Zahlung an die Gläubiger unmöglich machen, sondern es bringt die Diktatoren rasch in eine gefährliche Situation. Die Einkaufsverbote für Textilien, Häute und Kupfer, die ursprünglich nur bis zum 5. Mai in Geltung bleiben sollten, sind bis zum 31. Mai verlängert worden. Es ist aber nicht einzusehen, warum sich nach dem 31. Mai die Situation wesentlich ändern sollte. Muß aber die Einfuhr weiter gedrosselt bleiben, dann bedeutet das die Einschränkung der deutschen Wirtschaftstätigkeit, eine neue Verschärfung der Krise nach Verschleuderung aller Reserven, die die Hitler-Diktatur übernommen hat.

Wie diese Kerle Deutschland zugrunde richten! Dr. Richard Kern

Erbtütiges ...

„Maximen einer Führerin im „Bund deutscher Mädchen“.

Als deutsches Mädchen halte ich mich allen unsittlichen Versuchen fern, denn ich weiß, daß ein vorzeitiger Verbrauch der Geschlechtskräfte die Nerven zerstört und die Erbtüchtigkeit meines Körpers herabsetzt.“ (Völkischer Beobachter)

Front des Geistes

Neue bemerkenswerte Veröffentlichungen.

In den „Europäischen Heften“ Nr. 6 schreibt Willi Schlamm: Versteht uns die Jugend noch? Außerdem wird eine Auswahl aus Gustav Landauers „Anruf zum Sozialismus“ aus dem Jahre 1911 veröffentlicht.

In der „Weltbühne“ Nr. 21 erscheint ein Bericht: „Heute in Deutschland“.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18,—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2,— (Kč 24,— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung: (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Frs. 2,— (24,—), Bulgarien Lew 8,— (96,—), Danzig Guld. 0,30 (3,60), Deutschland Mk. 0,25 (3,—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4,— (48,—), Frankreich Frs. 1,50 (18,—), Großbritannien d. 4,— (Sh. 4,—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54,—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,— (24,—), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pl. 0,018 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6,—), Portugal Esc. 2,— (24,—), Rumänien Lei 10,— (120,—), Saargebiet F. Fr. 1,50 (18,—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA. 0,08 (0,96).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Prag 46.149, Oesterreich: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Wien B-198-304, Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 190.163, Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

DAS
PARISER TAGEBLATT
Chefredakteur: GEORG BERNHARD
bringt unter anderem
regelmässig
BERLINER BRIEF
mit unerhört interessantem Tatsachen-Material, trotz Zensur und Diktatur
Aussagen führender Politiker
aller Länder zu den europäischen Problemen
Beiträge hervorragender Dichter
und Gelehrter
speziell der aus Deutschland Verbannten
Demnächst
Interessantes Preis-Ausschreiben:
14 JAHRE REPUBLIK
Grosse Umfrage bei Gelehrten, Publizisten, Staatsmännern:
„Die Zukunft der Welt“
Neuer hochaktueller Roman von
BALDER OLDEN:
ROMAN EINES NAZI
Endlich die verschiedenen Sonder-Gebiete
Die moderne Frau — Reise und Verkehr — Sport — Technik u. Wirtschaft
Probennern gratis - Bestellungen beim
„PARISER TAGEBLATT“
PARIS (3^e), 51, Rue Turbigo

Oranienburg

Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten
Von Gerhart Seger
Mitglied des Deutschen Reichstags der V., VI., VII. u. VIII. Wahlperiode
Mit einem Geleitwort von
Heinrich Mann

Die Schrift ist eine Anklage gegen das System der Gewalt, dem Zehntausende unschuldige Menschen in den Konzentrationslagern ausgesetzt sind. Der Verfasser läßt seinem Berichte die Eidesformel vor deutschen Gerichten vorangehen: „Ich schwöre, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde!“ Er hat das Manuskript als Strafanzeige gegen die vollen Namen angeführten SA-Verbrecher dem deutschen Reichsjustizminister, dem Oberreichsanwalt und dem Stabschef der SA gesandt. Die Antwort darauf war die sofortige Ueberführung der in Deutschland lebenden Frau mit dem neunzehn Monate alten Kindchen des Verfassers in das Konzentrationslager Roßlau.

Preis in: Belgien 10,50 Frs. / Bulgarien 48,— Lewa / Dänemark 2,10 Kr. / Frankreich 7,50 Frs. / Großbritannien — 1,10 Pfund Sterling / Jugoslawien 24,— Dinar / Niederlande 0,75 Gulden / Oesterreich 2,60 Schilling / Palästina — 100 P. Pid. / Polen 2,60 Zloty / Rumänien 55,— Lei / Schweden 1,90 Kronen / Schweiz 1,55 Frs. / Tschechoslowakei 10,— Kč / USA — 50 Dollar.

Bestellungen durch jede Buchhandlung oder direkt an Verlagsanstalt „Graphia“ Karlsbad CSR.